



DER TEUFELSKERL DES RHYTHMUS

Benny Morés

Auferstehung im Kino

- Regisseur Jorge Luis Sánchez bringt "die Tragödie eines Mannes, der Musiker war" nach zwölf Jahren Arbeit in die Kinos
- Hauptdarsteller Renny Arozarena erhielt den Preis der Kritik des Internationalen Filmfestivals von Locarno
- Der Film nähert sich dem Besucherrekord in Kuba

Seite 10

"Meine Genesung geht befriedigend voran"

- Fidel in einer Botschaft an das Volk Kubas



Seite 3

56% der US-Kubaner lehnen Bushs Kubapolitik ab

Seite 7

Solarenergie bringt Licht in die Provinzen

- Eine wichtige Ergänzung zur Stabilität der nationalen Stromversorgung

Seiten 8 und 9

Das Geschäft mit der Angst

- Wie "der Terrorismus" instrumentalisiert wird

Seite 11

Granma
INTERNACIONAL

Edición
en Español

Avenida General Suárez y Territorial
Plaza de la Revolución "José Martí",
Apartado Postal 6260,
La Habana 6, Cuba.
C.P. 10699
Telfs.: 881-6265 y 881-7443
Pizarra: 881-3333 Exts. 23 y 19

CORREO ELECTRONICO:
informacion@granma.cip.cu

DIRECTOR GENERAL
Lázaro Barredo Medina

DIRECTOR EDITORIAL
Gabriel Molina Franchossi

SUBDIRECTORES
Miguel Comellas Dopico
Gustavo Becerra Estorino

JEFA DE INFORMACION
Lisanka González Suárez

DISEÑO Y MICROCOMPUTACION
Orlando Romero Fernández
Telf.: 881-6021

JEFA DE PRODUCCION
Migdalia Hardy Mengana

Inglés
Angela Todd
Telfs.: 881-1679

Portugués
Miguel Angel Alvarez
Telfs.: 881-6054

Alemán
Hans-Werner Richert
Telfs.: 881-1679

Italiano
M.U. Gioia Minuti
Telfs.: 832-5337 / 881-6265

Circulación y suscripciones
Miguel Domínguez Hernández
Telf.: 881-9821

Impreso en el Combinado
de Periódicos Granma
La Habana, Cuba

REIMPRESORES

Brasil
INVERTA
Cooperativa de Trabalhadores em
Servicos Editoriais e Noticiosos Ltda.
Rua Regente Feijó, 49 - 2o andar
CEP 20060 Rio de Janeiro
Telf-Fax: (021) 222-4069

Canadá
National Publications Centre
C.P. 521, Stations C,
Montreal, QC H2L 4K4
Telf/Fax: (514) 522-5872

Argentina
Movimiento Cultural
Acercándonos
Buenos Aires
Telf.: (011) 4862-3286

WEBSITE INTERNET:
<http://www.granma.cu>

ISSN 1563 - 8286

Der Kaffee, das "sanfte Feuer"

GUILLERMO JIMENEZ SOLER
- für Granma Internacional

• DER Kaffee (*Coffea arabica*) wurde Ende des 18. Jahrhunderts von den Spaniern in Kuba eingeführt, nachdem er einen langen Weg hinter sich hatte. Zuerst, im Jahr 1706, von Arabien nach Amsterdam, von dort aus nach Surinam, Cayenne und Haiti, bis er in den kubanischen Häfen ankam. Wie José Antonio Saco schreibt, wurde der erste Kaffee in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in den Kaffeeplantagen La Moha und Bellavista in Canasí, Placeres in Ubajay (jetzt Wajay) und Virtudes und Limones in Guanajay angebaut. Diese ersten Kaffeeplantagen in Wajay hatten zum Zweck, die Schale des Kaffeebohnen für die Schnapsherstellung zu verwenden.

Wie es bei vielen Nahrungsmitteln geschieht, wenn sie erstmals in einer Gesellschaft eingeführt werden, wurde der Kaffee wegen seiner Gesundheitsschädlichkeit geächtet und verflucht.

Wir Kubaner trinken ihn gewöhnlich äußerst stark und, seltenerweise, nicht sehr süß. Wenn er zu wässrig ist, heißt er "aguachirre" (soviel wie Bodensee, weil man den Boden der Tasse sehen kann) und keine Hausfrau würde es wagen, ihn einem Gast anzubieten. Ein Täbchen Kaffee ist der Anfang jeder neuen Freundschaft, jedes Besuchs oder Gesprächs, und der Abschluß jeder noch so einfachen Mahlzeit, selbst in Zeiten absoluten Mangels, wie es während der sogenannten *Periodo Especial* der Fall war.

Ende des 18. Jahrhunderts, nach den durch die Französische Revolution hervorgerufenen Ereignissen in der Karibik, kamen Gruppen von französischen Kaffeeplantagern mit hochentwickelter Agrartechnik, Feinheiten in ihrem Lebensstil und einem Blick für den entstehenden internationalen Markt in verschiedenen Migrationswellen nach Kuba.

Gabriel de Cárdenas, II. Markgraf von Cárdenas de Monte Hermoso, Gründer des Ortes Ariguanabo, förderte und erleichterte die Ansiedlung in diesem Gebiet. Dort wurde eine fortgeschrittene Agrartechnik eingeführt, die schnell von den Spaniern und den Einheimischen übernommen wurde.

In dieser Zeit brachten einige Wirtschaftsreformen Anreize zu seiner Produktion, darunter solche Maßnahmen wie Steuerbefreiungen. Die Kaffeeproduktion wurde, wie auch die Zuckerproduktion, mit gebührenfreier Einfuhr von Betriebsmitteln begünstigt und zehn Jahre lang von der Zahlung



des Zehnts und der Verkaufssteuer befreit. Der größte Teil des Bodens, den man erst 30 Jahre vorher in Parzellen zu etwa 50 *Caballerías* (etwa 670 Hektar) aufgeteilt hat, wurde so dem Anbau des Kaffees gewidmet. Nicht nur die Franzosen setzten ihre besten Böden dafür ein, sondern auch die wohlhabenden Kreolen, die fast alle bombastische spanische Adelstitel trugen und die den Grund und Boden des ehemaligen großen Landguts Hato de Ariguanabo erworben hatten.

Der Bewirtschaftung dieser Kaffeeplantagen erfolgte meistens zusammen mit dem Anbau anderer landwirtschaftlicher Produkte, wie Baumwolle, der Indigopflanze, Kakao und zahlreicher Obstbäume, die man zwischen die Kaffeeplantagen setzte, damit sie ihnen den notwendigen Schatten gaben. Eine geringe Zahl von Beschäftigten ließ ihnen eine sorgfältige Pflege zukommen und in ihrer Nähe sah man die luxuriösen und schönen Wohnsitze ihrer Eigentümer, besonders der französischstämmigen, in denen ein hoher und anspruchsvoller Lebensstandard vorherrschte, der sich von dem in anderen Bereichen abhob.

Der Kaffeeanbau entwickelte sich in Kuba auf großen und mittleren Ländereien, die für unzählige Pächter und Teilpächter in Parzellen aufgeteilt wurden, da die Kosten in Kuba höher lagen, als

es die Einwanderer aus Haiti gewohnt waren, die den Anbau jetzt im Land ankurbelten, und die oftmals nicht das notwendige Kapital dafür mitbrachten, das dann die Kreolen und Spanier stellten.

So entstand das "Karo"-System. Es unterteilte eine *Caballería* Boden in 10 *Carreaux* (Karos). Jedes wurde einem Kaffeeplanter übergeben, der während der drei oder vier Jahre des Plantagenaufbaus auch die Betriebs- und Lebensmittel erhielt. Er war dann verpflichtet, 40% der Produktion als Pacht abzuliefern, zusätzlich zur Zinszahlung für die erhaltenen Zuwendungen. So wie der Zuckerrohranbau und die Viehzucht ist auch der Kaffeeanbau extensiv. Nur in den ersten 3 Jahren des Wachstums wird die Pflanzung intensiv gepflegt, während man dann 15 oder 20 Jahre lang fast ohne weitere Pflege ernten kann.

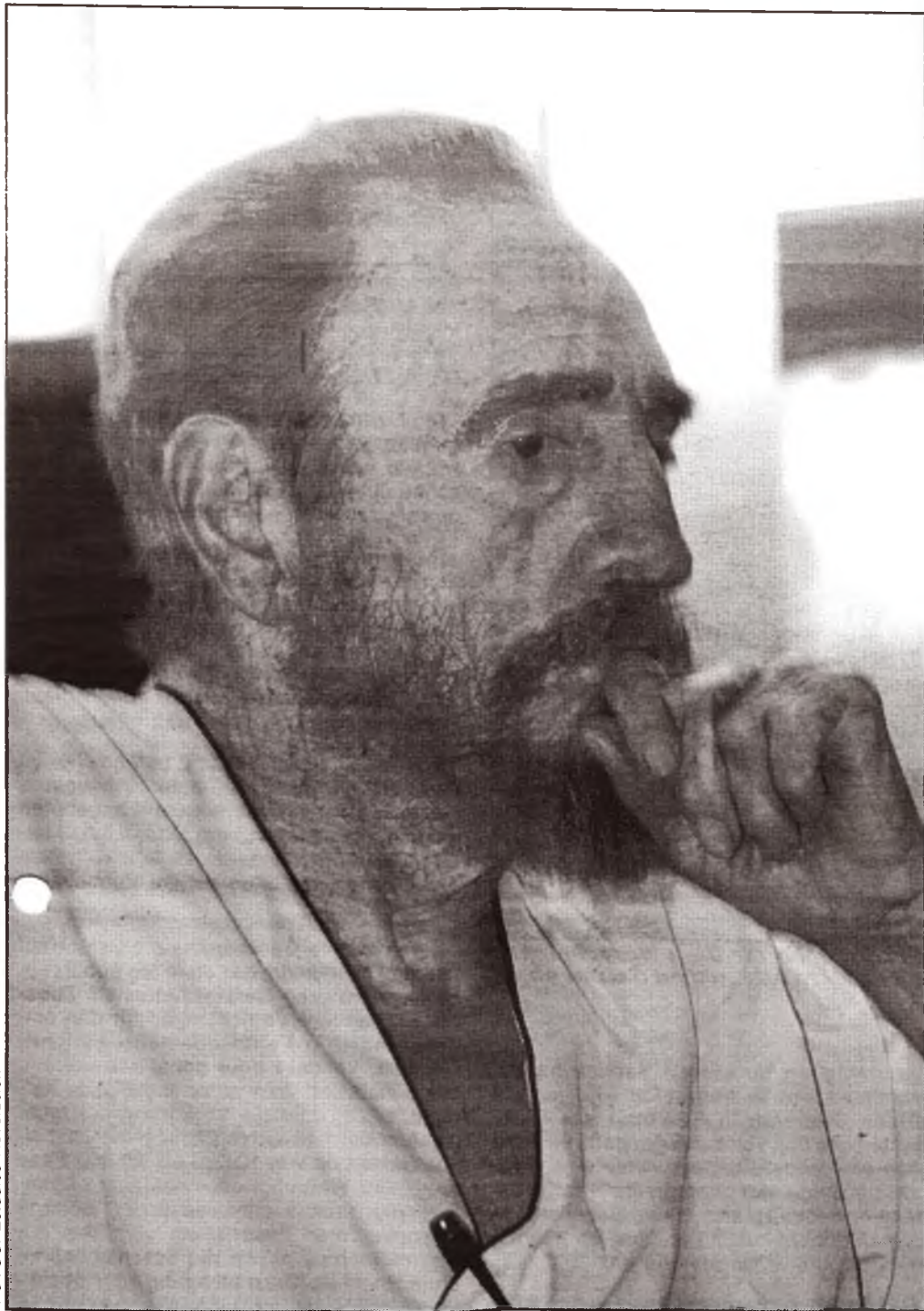
Einen kurzen Zeitraum nach dem königlichen Dekret von 1819 ausgenommen wuchs die Produktion ständig und erreichte 1833 ihren historischen Höchstwert. Dann sank sie bis zum Krisenjahr 1857. Die damalige Weltfinanzkrise, die in Kuba ab dem 29. Juni in wenigen Stunden zu Bankkonkursen, zum Bankrott etlicher, gerade erst gegründeter, Gesellschaften, sowie von Handelshäusern führte, war für den schon verkümmerten Kaffeeanbau ein fast tödlicher Schlag.

Die Kaffeeplantagen im Westen des Landes wurden bei der ersten Einkommensminderung verlassen und verfielen zu Brachen oder Weideflächen, während Mittelamerika, Venezuela, Brasilien, Java, Ceylon und andere Länder im Hinblick auf die Wiedereroberung ihrer früheren Märkte den Anbau erhöhten. Brasilien hatte damals noch wenig Gewicht auf dem US-Markt, obwohl es schon 1833 einen Drittel dieses Marktes belieferte.

Mehrere Faktoren hatten den Niedergang des Kaffeeanbaus bestimmt: hohe Kosten aufgrund des Kredit- und Pachtsystems; die Konkurrenz Brasiliens mit hochwertigerem und billigerem Kaffee; die Zölle der USA, dem wichtigsten Verbrauchermarkt - eine Vergeltungsmaßnahme für die Einfuhrsteuer auf US-Mehl in Kuba, und die größere Rentabilität des Zuckerrohranbaus.

Mit dem Aufkommen der Konkurrenz Brasiliens und anderer Länder Amerikas wurde die Vermarktung des kubanischen Kaffees aufgrund der Flachlanderträge und der Bodenauslaugung unhaltbar, so daß dem Aufblühen Anfang des 19. Jahrhunderts eine Etappe des Niedergangs folgte, die bis in die ersten Jahre der Republik, Anfang des 20. Jahrhunderts, anhielt. •

BOTSCHAFT FIDELS AN DAS VOLK KUBAS



FOTOS: Estudios Revolución

Liebe Landsleute!

In diesen Tagen wurden Filmaufnahmen und einige Fotos veröffentlicht, von denen ich weiß, daß sie unserem Volk sehr gefallen haben.

Als einzigen negativen Aspekt fanden manche zu Recht, daß ich etwas dünn aussähe. Es freut mich sehr, daß sie es bemerkt haben. Das ermöglicht mir, Ihnen weitere, noch neuere Fotos zu senden, und Ihnen gleichzeitig mitzuteilen, daß ich innerhalb von wenigen Tagen 41 Pfund abgenommen habe. Hinzufügen möchte ich, daß nach 34 Tagen Genesung jetzt der letzte Operationsfaden entfernt wurde.

Seit dem 26. Juli habe ich es nicht an einem einzigen Tag unterlassen, selbst an den schwierigsten nicht, Anstrengungen zu unternehmen, um die nachteiligen politischen Konsequenzen eines solch unerwarteten Gesundheitsproblems zu lindern. Das Ergebnis ist, zu meiner Beruhigung, daß ich in verschiedenen wichtigen Angelegenheiten vorangekommen bin. Ich kann Ihnen mitteilen, daß das Buch Cien horas con Fidel von Ramonet, in dem ich während der Krankheitstage jede meiner Antworten im Detail überprüft habe, praktisch abgeschlossen ist und bald veröffentlicht wird, wie ich Ihnen versprochen hatte. Trotzdem habe ich nicht vergessen, strikt meine Pflichten als disziplinierter Patient zu erfüllen.

Man kann sagen, daß der kritischste Moment hinter mir liegt. Jetzt genese ich in zufriedenstellendem Tempo. In den nächsten Tagen werde ich angesehene Gäste empfangen. Das bedeutet nicht, daß jedes Mal Filmaufnahmen und Fotos davon gemacht werden, doch es wird von allen berichtet werden.

Wir müssen alle verstehen, daß es nicht angebracht ist, systematisch Informationen zu geben oder Bildberichte über meinen Gesundheitszustand zu bringen. Wir müssen uns gleichfalls, realistisch denkend, darüber klar sein, daß die Zeit einer vollkommenen Genesung, ob man will oder nicht, lang sein wird.

Ich habe im Moment keine Eile, und keiner darf es eilig haben. Das Land funktioniert gut und kommt voran.

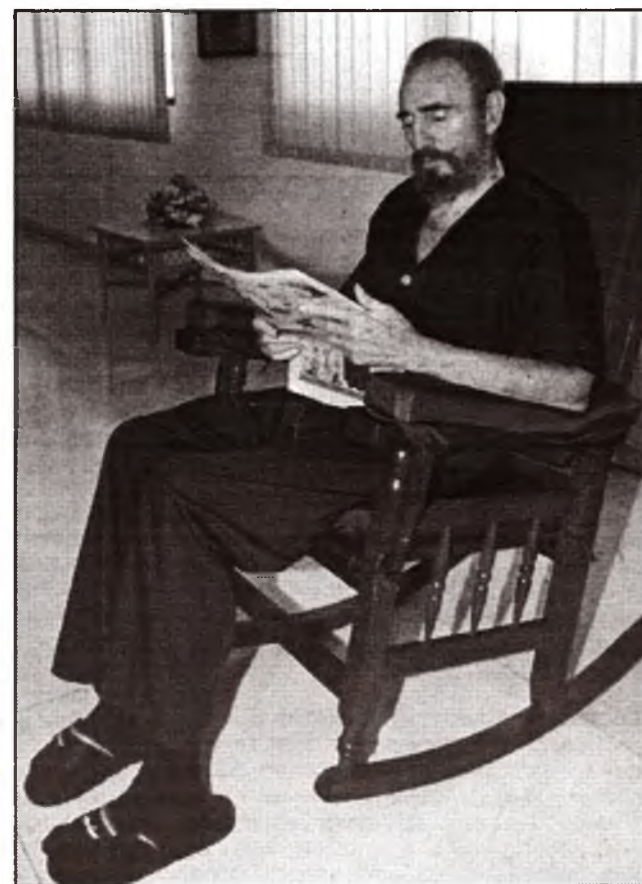
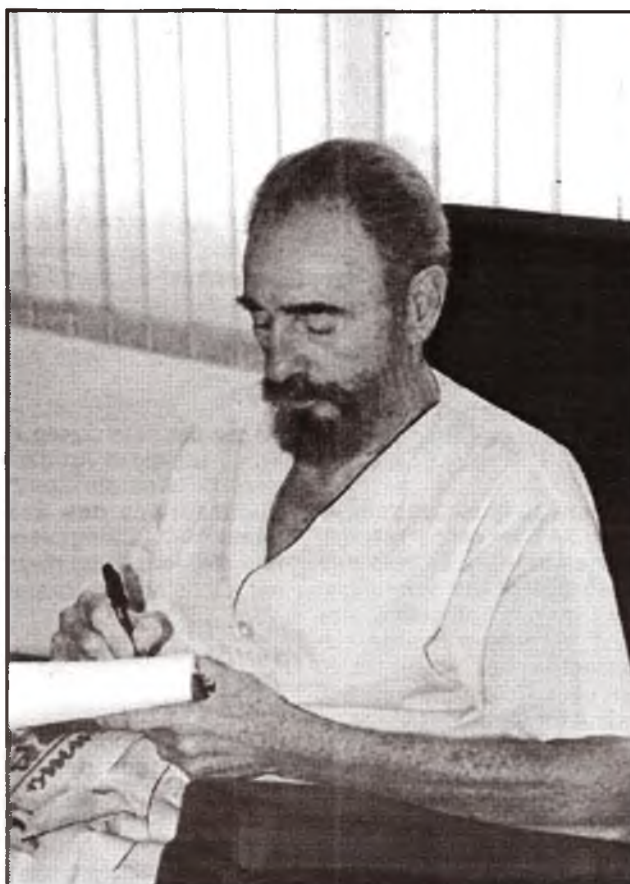
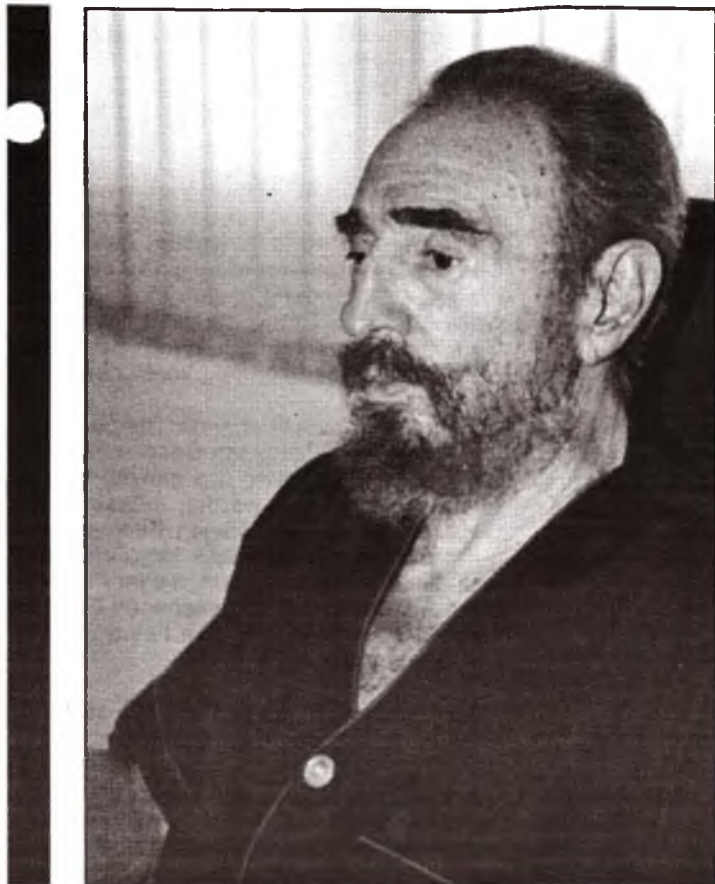
Heute wird das neue Schuljahr eröffnet. Es gibt mehr Schüler und Studenten und bessere Perspektiven für unser Land als je zuvor. Was für ein wunderbares Ereignis!

Mir fehlt nur noch ein Detail: alle pflichtbewußten Landsleute, die in ihrer Gesamtheit die überwältigende Mehrheit des Volkes bilden, zu bitten, niemanden wegen der Diskretion zu beschuldigen, um die ich alle um der Sicherheit unseres Vaterlandes und unserer Revolution willen gebeten habe.

Unendlichen Dank!

Fidel Castro Ruz

4. September 2006



Satellitenpiraterie

• Sie verletzt nicht nur nationale und internationale Rechtsnormen, sondern ist auch Nährboden für diejenigen, die beabsichtigen, die Pläne der Bush-Administration zur Vernichtung der kubanischen Revolution zu verwirklichen. Man darf dem Feind nicht in die Hände spielen.

LOURDES PÉREZ NAVARRO - Granma

• DIE weltweit wachsende Zahl der "Konsumenten" der von Satelliten- oder Kabelkanälen ausgestrahlten Programme, die auf betrügerische Art den Kode der Magnetkarten an sich bringen, mit dem sie Zugang zu diesem Service bekommen, ist beunruhigend. Dies wird in allen Ländern verfolgt und streng bestraft.

Offensichtlich zum Zweck der Bereicherung beschäftigen sich bestimmte Individuen damit, diese Dienste anderen zu vermitteln. Durch den Einbau von Verstärkern, die die Verbreitung der Signale an zahlreiche Verbraucher ermöglichen, werden illegale Sendernetze für Satellitenfernsehprogramme geschaffen. Das ist zu einem großen Geschäft und einer Methode der unrechtmäßigen Bereicherung geworden.

Speziell in Kuba hat ein großer Teil der auf diesem Weg empfangenen Sendungen destabilisierende, subversive Inhalte die eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten bedeuten, und in ihnen wird immer häufiger zu Terrorakten aufgerufen. Dies gehört zu den Empfehlungen im ersten Kapitel des auf die Vernichtung der kubanischen Revolution abzielenden Annexionsplans von Bush, und schließt auch die Verteilung von Computern, Kurzwellenradios, Satellitenschüsseln, Decodern sowie Fax- und Kopiergeräten an ihre Söldner hierzulande mit ein. Außerdem werden zu diesem Zweck immer mehr Finanzmittel zur Verfügung gestellt, wie auch für den Betrieb der Radio- und Fernsehsender, die unverschämterweise den Namen des Nationalhelden José Martí tragen.

Damit verstößt die Regierung der Vereinigten Staaten gegen grundlegende Aspekte der Verfassung und des Abkommens und der Richtlinien über den Funkverkehr der Internationalen Fernmelde-Union, die ihren Mitgliedsländern das Ziel gestellt hat, durch ein gutes Funktionieren der Telekommunikation friedliche Beziehungen, die internationale Kooperation der Völker und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern.

Damit wird außerdem die Doppelmoral der Bush-Regierung deutlich: Einerseits verurteilt sie strikt die Piraterie des Satellitenempfangs im eigenen Land, andererseits fördert sie diese in Kuba und liefert die notwendigen Geräte.

Die rechtswidrige Nutzung dieses Service ist außerdem mit der illegalen Einfuhr von Satellitenempfängern und -karten durch Touristen oder im Ausland lebende Kubaner verbunden, eine eindeutige Verletzung der Zollbestimmungen der Republik. Es wurde aufgedeckt, daß ein anderer Weg, um in den Besitz dieser Antennen zu kom-



Illegal Geräte, Antennen und andere Vorrichtungen für die eingeschränkten Fernmeldedienste zu installieren oder damit ausgestattet zu sein, wird mit Geldstrafen von bis zu 30.000 Peso bestraft

men, die Entwendung solcher Geräte oder deren Zubehör bei Personen mit Genehmigung für diesen Service ist.

Die Preise dieser illegalen Dienstleistungen liegen normalerweise bei 150 konvertiblen Peso (CUC) für die Kabelinstallation und weiteren 10 CUC monatlich. Dafür erhält der Empfänger oder Kunde gewöhnlich Sendungen mit einer Lawine von Werbung, die den Schein des Kapitalismus zeigt, antikubanischen Botschaften und sogar Pornographie mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen; alles weit entfernt von den in unseren Fernsehprogrammen vorwiegenden kulturellen, geistigen und patriotischen Werten und den Gewohnheiten und Traditionen des kubanischen Volkes.

STRAFEN FÜR VERTEILER UND EMPFÄNGER

Die Piraterie des Satellitenempfangs verletzt nicht nur die für seine Nutzung vereinbarten internationalen Bestimmungen. Ihre einzelnen Schritte bilden eine Kette von Straftaten und Verwaltungsvergehen, für die in verschiedenen Gesetzgebungen und juristischen Normen strenge Strafen vorgesehen sind.

Das beginnt in dem Moment, in dem jemand Empfangsgeräte oder deren Bestandteile in das Land einführt, oder dies versucht, ohne die juristischen Anforderungen zu erfüllen. Damit ist der Tatbestand des Schmuggels erfüllt, für den im Strafgesetzbuch ein Freiheitsentzug von einem bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe von 300 bis 1000 Tagessätzen oder beides vorgesehen ist.

Andere Formen der Inbesitznahme von Empfangsgeräten werden von dem genannten Gesetz ebenfalls mit Freiheitsentzug geahndet, zum Beispiel, wenn eine Antenne oder ihr Zubehör bei Personen, die eine

Genehmigung für diesen Service haben, entwendet wird. In diesem Fall wird, je nach Modus Operandi, die Straftat des Diebstahls oder des Raubs begangen. Es kann noch eine andere geben: Hehlerei, die begeht derjenige, der ohne an der Straftat beteiligt gewesen zu sein, diese Gegenstände rechtswidriger Herkunft im eigenen Interesse verbirgt, tauscht oder sie erwirbt.

Es können auch andere Arten von Straftaten vorkommen, darunter illegale wirtschaftliche Aktivitäten (wenn der Service angeboten wird, ohne im Besitz der entsprechenden Lizenz zu sein, ein Tatbestand, der strenger bestraft wird, wenn dazu Arbeitskräfte angeheuert werden oder man Materialien illegaler Herkunft benutzt), Spekulation oder Hamstern (wenn Waren und andere Gegenstände mit der Absicht erworben werden, sie zwecks Profit- oder Gewinnerzielung weiter zu verkaufen), und Sachbeschädigung, wenn Stromleitungs- oder Telefonmasten beschädigt oder unbrauchbar gemacht werden oder wenn Straßen aufgerissen werden, um Kabel zu verlegen.

Aber der Rechtsweg ist nicht die einzige Form, um diese Art der Piraterie abzuwenden. In unserem Land wird der Übertragungsservice des Satellitenfernsehens durch Verwaltungsvorschriften geregelt, und die Verletzung dieser Regelungen wird mit höchsten Geldstrafen geahndet.

HOHE GELDSTRAFEN UND BESCHLAGNAHMUNGEN

Die Satellitenpiraterie verstößt gegen die Bestimmungen der Gesetzesverordnung 157 des Jahres 1995 "Über eingeschränkte Fernmeldedienste", gegen die Resolution 098 des Jahres 1995 des Ministeriums für Informatik und Fernmeldewesen (MIC) und gegen die Verordnung 269 des Jahres 2000

des Ministerrats über die Leistungen des "Weltraum-Funkbetriebs".

Die Verbreitung von Satellitenprogrammen unterliegt den genannten Bestimmungen und wurde als eingeschränkter Fernmeldedienst genehmigt.

Für sie ist eine Lizenz erforderlich, die die Agentur für Kontrolle und Überwachung des MIC ausstellt, eine Einrichtung, deren Inspektoren dazu befugt sind, im Fall von Vergehen Geldstrafen zu verhängen und Geräte zu beschlagnahmen.

Die Lizenzen sind exklusiv und nicht übertragbar, und die darin verliehenen Rechte können weder vermietet noch dritten Personen überlassen werden. Andernfalls werden sie zeitweise oder definitiv suspendiert.

Das vorhergehend Genannte steht mit den in Kuba geleisteten (kodierte) Diensten im Zusammenhang. Wenn diese auf die eine oder andere Weise durch Unbefugte dekodiert, abgefangen oder empfangen, und sogar an Dritte weitervermittelt werden (ob kommerziell oder nicht), gehen diese Personen natürlich nicht straffrei aus.

Aber noch schlimmer und gefährlicher ist das Abfangen der Satellitenfernsehsendungen, die nicht in unserem Land angeboten werden, die einen entfernenden Inhalt haben und der Politik der Bush-Administration entsprechen, die offen auf die Vernichtung der kubanischen Revolution gerichtet ist.

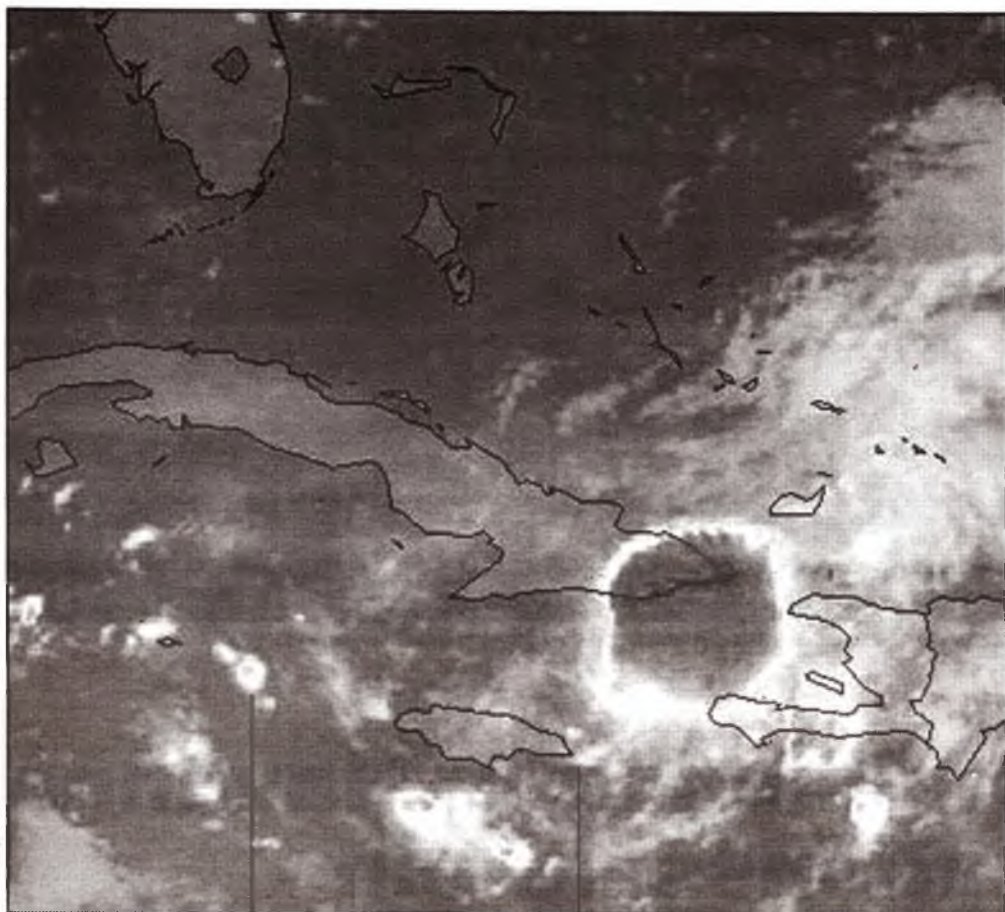
Die erwähnte Gesetzgebung weist darauf hin, daß "derjenige, der ohne die gebührende Genehmigung Geräte, Antennen, Zubehör und andere Vorrichtungen für den eingeschränkten Fernmeldedienst einführt, herstellt, verkauft oder sonst wie verteilt, diese installiert oder deren Installation aufrecht erhält, oder die Verletzung der technischen Betriebsnormen ermöglicht", mit einer Geldstrafe von 10.000 bis 20.000 Peso nationaler Währung, oder des zum offiziellen Wechselkurs entsprechenden Betrags in konvertiblen Peso belegt wird. Als Zusatzmaßnahme erfolgt die Beschlagnahme ohne Recht auf Entschädigung oder Bezahlung.

Gemäß der Verordnung 99 sind die Inspektoren befugt, die genannte Geldstrafe um die Hälfte des maximalen Betrags (10.000 Peso) zu erhöhen, so daß sie Strafen von bis zu 30.000 Peso verhängen könnten.

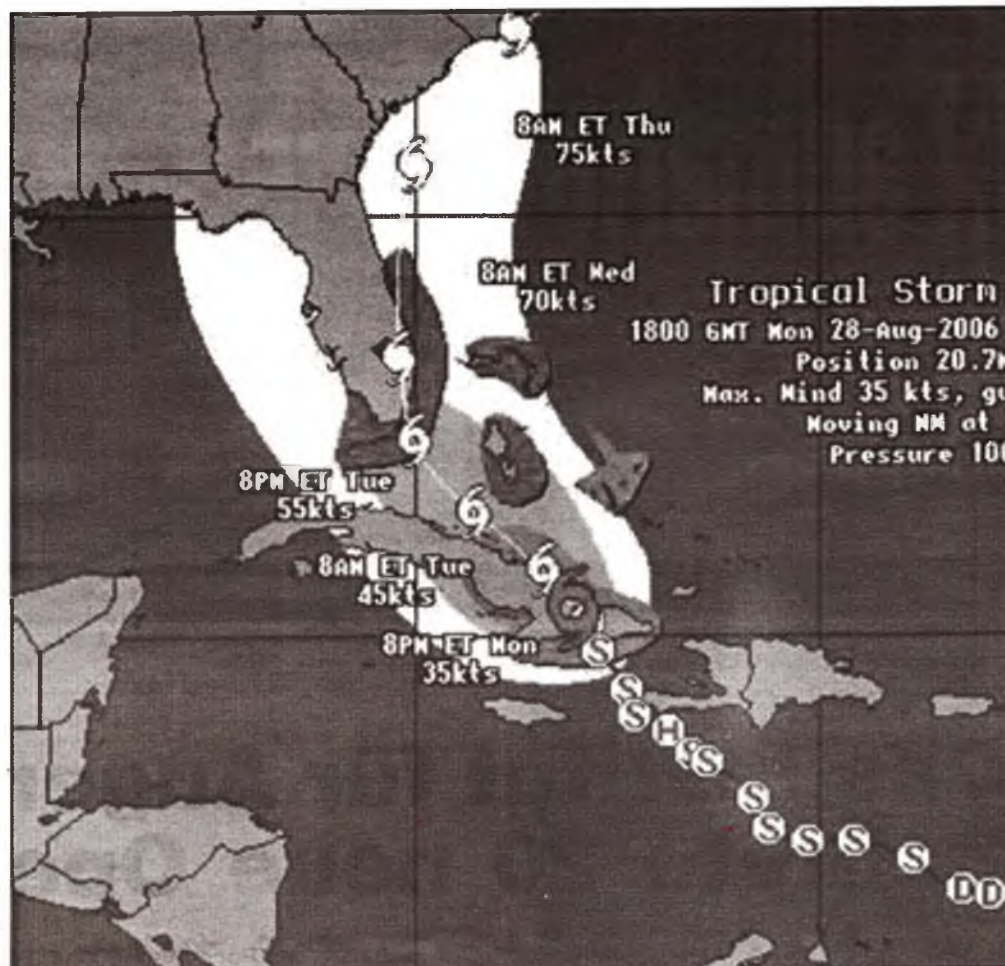
Für einige ist die illegale Verbreitung der Satellitenfernsehprogramme eine Form illegaler Bereicherung gewesen. Bei ihnen wird die Gesetzesverordnung 149 des Jahres 1994 Anwendung finden. Ihnen werden die zahlreichen Güter, die nicht ihrem Einkommen entsprechen und deren Besitz sie nicht rechtfertigen können, konfisziert.

Die bei den beschriebenen Themen handelt es sich zweifellos um Gesetzeswidrigkeiten, die mit Beteiligung des ganzen Volkes energisch bekämpft werden müssen, und die unter den gegenwärtigen Bedingungen außerdem ein Nährboden für diejenigen sind, die die Absicht haben, die im Plan der Bush-Administration vorgesehenen Ziele zu verwirklichen. Man darf dem Feind nicht in die Hände spielen.

Die Überzeugungsarbeit der Massen und aller Bereiche der Gesellschaft muß ein grundlegendes Element bei der Ausrottung dieser Praxis sein. Diese Kräfte unterstützen gleichzeitig die verantwortlichen Behörden dabei, jene zur Erfüllung der Regelungen zu bringen, die sie völlig unverantwortlich verletzen. •



Ernesto überquerte die östliche Region der Insel mit viel Regen und wenig Wind



Verlauf des Tropensturms Ernesto (D = Tiefdruckgebiet, S = Sturm, H = Hurrikan)

TROPENSTURM ERNESTO

Volle Stauseen und Überschwemmungen im Osten der Insel



• DER Tropensturm Ernesto brachte in seinem Verlauf starke Niederschläge, vor allem in der Provinz Guantánamo, mit sich. In den übrigen östlichen Provinzen regnete es, wenn man von Ausnahmen absieht, nicht so stark.

Die Stauseen Guantánamos nahmen ca. 320 Millionen Kubikmeter Wasser auf und haben damit jetzt 91,3 Prozent ihres Fassungsvermögens erreicht. Mehrere Stauseen sind randvoll, das ist der Fall des zweitgrößten, Jaibo, der für die Versorgung der Provinzhauptstadt und die Bewässerung ausgedehnter Anbauflächen zuständig ist, und des Regelwerks am Guaso.

Die großen Niederschlagsmengen, die Ernesto begleiteten, haben den Pegel des Stausees La Yaya mit einer Kapazität von 160 Millionen Kubikmeter auf 140 Millionen angefüllt, obwohl er vor knapp einem Jahr so gut wie ausgetrocknet war. Zu Jahresbeginn enthielt er nur knapp zwölf Millionen Kubikmeter.

Zu 100 Prozent voll ist auch der Stausee Los Asientos, im Caujerietal, im Kreis San Antonio del Sur.

Diese Wassermenge ist die höchste, die im letzten Jahrzehnt registriert wurde. Sie unterstützt die Wasserversorgung Guantánamos, obwohl die vorher vorhandene Menge schon zur Versorgung der 125.000 Bewohner dieser Stadt für mehrere Monate ausgereicht hätte.

Der anhaltende Regen vom 27. und 28. August ließ besonders die in diese Stauseen mündenden Flüsse ansteigen. Wie das Wetterinstitut der Provinz meldet, sollen die Niederschläge anhalten.

78.000 EVAKUIERTE IN SANTIAGO

Den Bewohnern von Santiago hat Ernesto weder starke Windböen noch Regen gebracht, als er nahte. Am Montagnachmittag kam der Regen dann in die Stadt und in andere

Orte der Provinz, berichtete unser Korrespondent Orlando Guevara.

Fachleute des Nationalen Instituts für Wasserressourcen, die die Vorgänge an den Staudämmen aufmerksam verfolgten, informierten, daß diese bis zu 94 Prozent ihrer Kapazität gefüllt sind.

Die Provinz handelte beim Schutz von Menschenleben und gesellschaftlichem Eigentum schnell und effizient. In wenigen Stunden waren 78.583 Personen evakuiert worden. Die meisten Bewohner fanden Unterkunft bei Nachbarn und Verwandten. Damit haben sie erneut ihre Solidarität zum Ausdruck gebracht.

Um dem Notstand zu begegnen, wurden 117 Kollektivunterkünfte und 96 Punkte zur Verteilung von Lebensmitteln eingerichtet. Die vom Provinzrat für Zivilverteidigung und den Massenorganisationen angewiesenen Maßnahmen erwiesen sich als wirksam und verliefen organisiert und diszipliniert.

LAS TUNAS OHNE SCHÄDEN

Wenig Regen brachte der Tropensturm Ernesto der Provinz Las Tunas, in der ca. 40.000 Menschen an sicheren Orten untergebracht worden waren, berichtete unser Korrespondent Pastor Batista. Ungeachtet dessen beobachteten die Verteidigungsräte der Provinz und der Gemeinden in der Nacht die Lage an der Nordküste und bereiteten sich auf die Erholungsphase vor.

Pastor Batista ergänzte, daß in der Provinz mögliche Brutstätten des gefährlichen Moskitos *Aedes Aegypti* und anderer Krankheitsüberträger durch ständige Einsätze zur Erhaltung von Sauberkeit und Hygiene ausgemerzt werden.

WENIG REGEN IN HOLGUIN

In Holguín regnete es während des Sturms relativ wenig, sieht man von den ca. 100 Millimetern, die in Moa fielen, ab. Granma-Korrespondent Alexis Roja notierte, daß der

Regen am Nachmittag des 28. August in mehreren Gebieten der Provinz wieder einsetzte.

Angesichts des nahenden Sturms wurden ca. 117.000 Menschen in den 14 Kreisen sofort in Sicherheit gebracht, als die Strände Morales-Puerto Rico, am Leuchtturm Lucrecia und in Banes, von 2,5 bis 5 Meter hohen Wellen überschwemmt wurden.

Miguel Díaz Canel, Mitglied des Politbüros und Vorsitzender des Verteidigungsrates der Provinz, sagte, die Niederschläge seien unerwartet gering gewesen, aber man dürfe die Wachsamkeit nicht vernachlässigen, da sich die Wetterlage ändern könne.

Er gab Anweisungen zur Vorbereitung der Erholungsphase.

IN GRANMA REKORD AN EVAKUIERTEN

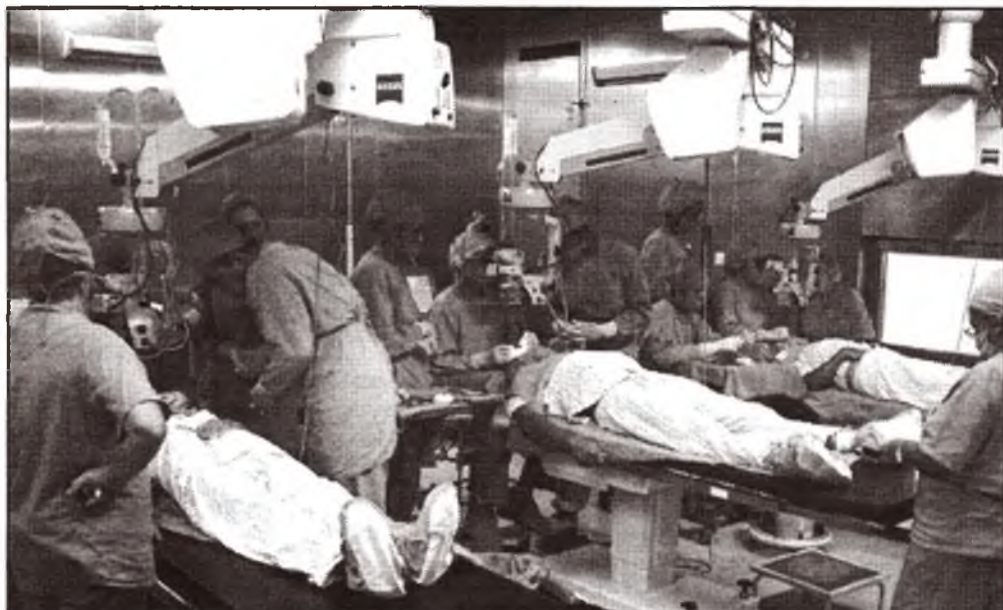
Die Bewohner der Provinz Granma, die den Hurrikan Dennis noch nicht überwunden haben, seien dabei, zu ihrem gewohnten Leben zurückzukehren, meldete unser Korrespondent Pedro Mora. Geregnet habe es relativ wenig.

Aus Vorsicht wurden in dieser Provinz mehr als 310.000 Menschen evakuiert, eine Rekordzahl.

In den Kreisen Pilon und Niquero waren die Maßnahmen eingeleitet worden, die bei Hurrikanalarm erforderlich sind. Glücklicherweise hat die Natur diesmal die Bewohner in Ruhe gelassen, die noch dabei sind, die großen Schäden zu beheben, die Dennis voriges Jahr hinterlassen hat.

IN DER PROVINZ CAMAGÜEY REGNETE ES IN NUEVITAS STARK

Nuevitas war während des Sturms Ernesto in der Provinz Camagüey mit 79 Millimetern in sechs Stunden die von den Regenfällen am stärksten betroffene Gemeinde. Windböen von 83 km/h wurden registriert. 5.056 Bewohner hatte man evakuiert. •



Die neuen Operationssäle sind mit Mikroskopen der letzten Generation ausgerüstet



Eins der fertiggestellten Gebäude des Programms zur Erweiterung des Institutes

OPERACION MILAGRO

Das Institut für Augenheilkunde in Havanna richtete 20 neue Operationssäle ein

• **Mit der Erweiterung der Kapazität können im Pando-Ferrer-Krankenhaus täglich bis zu 500 Patienten operiert werden**

LILLIAM RIERA – Granma Internacional

• MIT 20 neuen Operationssälen im Kubanischen Institut für Ophthalmologie Ramón Pando Ferrer, in Havanna, in dem im Vorjahr 51.000 Eingriffe vorgenommen wurden, können jetzt bis zu 500 Personen täglich chirurgisch behandelt werden, meldete die nationale Informationsagentur AIN.

Bis August 2006 wurden in diesem Institut 25.000 Patienten operiert, davon waren 15.000 Kubaner, wobei mit 160 Verpflanzungen der Hornhaut ein Rekord erzielt wurde und die Warteliste verkürzt werden konnte.

Die Fachärzte des Pando Ferrer sind die wissenschaftlichen Leiter der Operacion Milagro (Operation Wunder). Es handelt sich dabei um ein kubanisch-venezolanisches Programm, mit dem mittellose Personen aus Lateinamerika und der Karibik kostenlos die Sehkraft zurückgegeben werden soll.

MEHR ALS 250.000 PATIENTEN AUS 20 LÄNDERN IN KUBA BEHANDELT

Seitdem das Projekt im Juli 2004 begann, wurden in mehr als 20 Einrichtungen des Landes 265.000 Patienten mit Augenleiden wie dem Grauer Star, dem Pterygium (Bindegewebwucherung) und dem Strabismus (Schielen) aus ca. 20 Ländern behandelt.

Der Direktor des Krankenhauses, Dr. Marcelino Río, erklärte, daß die neuen OP's mit den modernsten Mikroskopen, Instrumenten für Operationen des Grauen Stars durch kleine Einschnitte und anderen zur

Behandlung von Netzhautablösungen und Komplikationen des Diabetes-Netzhautleidens ausgestattet sind.

Unter den Investitionen ist an erster Stelle die nahegelegene Unterkunft zu nennen, in der ca. 160 Patienten wohnen können; weiter ein Gelände für außerklinische Sprechstunden, das seit Dezember 2005 in Betrieb ist und mit moderner Technologie zur Diagnostik und Behandlung aller Augenleiden ausgerüstet ist; außerdem eine Abteilung für Neuroophthalmologie, in der die Krankheiten des Sehnervs und des Gehirns, die sich auf das Sehvermögen auswirken, untersucht werden, sowie ein gut ausgestatteter und größerer Bereitschaftsdienst.

Die vierzehn vor der Erweiterung vorhandenen OP's wurden ebenfalls einer Generalreparatur unterzogen. Zwei von ihnen sind der Operation der Kurzsichtigkeit gewidmet. Aufnahme, der Sterilisationsbereich, das Klinik- und Mikrobiologielabor,

die Röntgenabteilung und das Institut für Mikrochirurgie wurden ebenfalls erneuert.

LEHR- UND FORSCHUNGSINSTITUT ZUR AUSBILDUNG VON FACHKRÄFTEN GEPLANT

Dr. Reynaldo Ríos, der erste Vizedirektor des Pando-Ferrer-Krankenhauses, erwähnte unter den Perspektiven die Schaffung eines Lehr- und Forschungsinstituts, das in dieser Einrichtung besonders wichtig ist und von Beginn an für die Ausbildung von Fachkräften für Ophthalmologie im ganzen Land zuständig sein wird.

2005 wurden in Kuba ca. 600 Klinikärzte für Ophthalmologie ausgebildet. In diesem Jahr, in dem die Operacion Milagro noch weiter ausgedehnt werden soll, ist vorgesehen, die Ausbildungskapazität noch zu erhöhen, denn 2006 sollen einige Karibikländer als frei vom Grauen Star erklärt werden, informierte Dr. Ríos. •

ZOLLKONTROLLEN

Die Ethik hat sehr wohl einen Sinn

REYNOLD RASSI – Granma

• DURCHZusetzen, daß die von den Staatsorganen festgelegten Richtlinien und gültigen Bestimmungen eingehalten werden, sowie Bevölkerung und Touristen einen guten Service zu bieten, ist die Hauptaufgabe der Beamten und Angestellten des zentralen Zollamts Aduana General de la República (AGR) an den Grenzen (Flughäfen und Häfen), wobei sie gleichzeitig einen beharrlichen Kampf gegen Drogenhandel, Terrorismus, Schmuggel und andere Gesetzesverstöße führen.

Weiterhin kümmert sich die Zollbehörde systematisch um Rechtsverletzungen und Korruptionerscheinungen ihrer eigenen Mitarbeiter, wozu innerbetriebliche Maßnahmen getroffen wurden, um so diese Mängel durch ständige Überwachung und Kontrolle aufzudecken.

Der Kundenbetreuung wird ebenfalls Priorität eingeräumt, d.h. den Beanstandungen, Beschwerden und Anzeigen der Bevölkerung, die auf eine Vervollkommnung des Service abzielen. Dies alles dient gleichzeitig als Informationsquelle für die Verbesserung der Arbeit.

In allen Zollämtern des Landes gibt es einen Bereich für Kundenbetreuung. Zu diesem Zweck wurden vor einem Jahr auch zwei Telefone (883-7575 und 883-8282) in der zentralen Geschäftsstelle in der Hauptstadt eingerichtet, über die Meinungen und Beschwerden entgegengenommen werden, und über das Telefon 881-9732 wird Auskunft zu Grenzformalitäten erteilt.

Zwischen Januar und Juni dieses Jahres wurden in den Büros des Zollamts 699 Kunden betreut und 1.541 Telefongespräche entgegengenommen.

Luis González Barroso, Sekretariatsleiter des AGR, erklärte der Tageszeitung Granma, daß es sich dabei hauptsächlich um Verfahren, Anträge, Reklamationen und Anfragen bezüglich der Grenzformalitäten handelt. Es wurden auch 98 Beschwerden und Anzeigen eingereicht. Bei 83 von ihnen wurden Untersuchungen angestellt und abge-

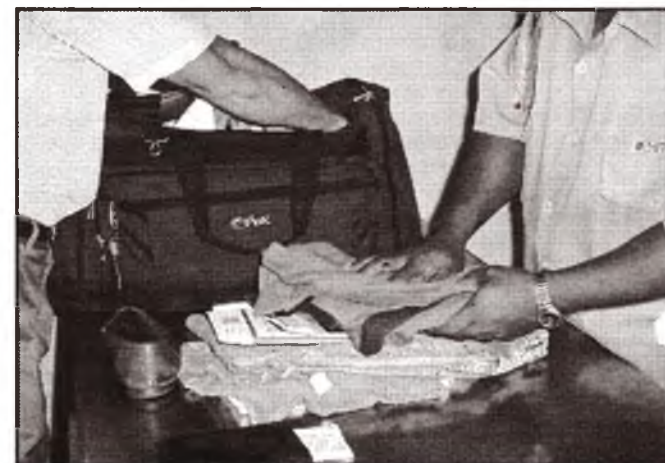
schlossen, zwei Fälle wurden an andere zuständige Institutionen weitergeleitet und die restlichen werden noch bearbeitet.

Die Hauptursachen für die Beschwerden sind unter anderem Unzufriedenheit mit dem Verhalten der Inspektoren während der Gepäckkontrolle, oder mit der Beschlagnahme von Gegenständen wegen zu großer Stückzahl, ebenso angebliche schlechte Behandlung, Unverständnis und Ärger über Gebühren für nicht kommerzielle Einfuhr, Entwendung von Gegenständen aus dem Gepäck oder Verlust von Gepäckstücken, und das Fehlen oder Vertauschen von Gegenständen bei Postsendungen.

Wie der Beamte hinzufügte, ergab die Untersuchung, daß größtenteils Unkenntnis über die gültigen Bestimmungen für die nicht kommerzielle Ein- und Ausfuhr besteht, sowie darüber, mit welcher Häufigkeit diese Rechte in Anspruch genommen werden können und welche Gebühren dafür erhoben werden. Der größte Teil dieser Fälle ist auf inkompetentes Handeln von Mitarbeitern der Zollbehörde zurückzuführen. Dazu kommt das fehlende Einverständnis mit der gültigen Gesetzgebung in Sachen Zollrecht. Das AGR führt einen pausenlosen Kampf gegen Korruption und andere Vergehen der Mitarbeiter der Zollbehörde. Aber leider hat es solche Fälle gegeben. Sie wurden durch Anzeigen der Bevölkerung und Kontrollen in der Einrichtung aufgedeckt.

González Barroso berichtete, daß im ersten Halbjahr dieses Jahres 12 Straftaten untersucht wurden, an denen 18 Mitarbeiter beteiligt waren, die daraufhin von ihren jeweiligen Arbeitsstellen entlassen wurden. Neun von ihnen wurden vor Gericht gestellt. Wegen unangemessenem und gegen die Ethik der Zollbeamten verstoßendem Verhalten wurden 20 Mitarbeiter dieser Behörde ihrer Funktion enthoben.

Für die Mehrheit der Zollbeamten hat die Ethik sehr wohl einen Sinn und Ihre Prinzipien werden befolgt. In diesem Halbjahr zeigten sie 66 Bestechungsversuche an. In den meisten Fällen ging es darum, die Erlaubnis für die Einfuhr



Einige Reisende versuchen, die Grenzkontrolle zu hintergehen, andere ärgern sich über die Gepäckkontrolle durch die Zollbeamten

von Gegenständen zu bekommen oder Gepäckkontrollen zu verhindern. Dabei stammten 38 Angebote von Kubanern und zwei von in Kuba lebenden Ausländern, 15 von Touristen und fünf von Mitgliedern des Bordpersonals aus anderen Ländern.

Auf die versuchten Bestechungen wurde mit verschiedenen Maßnahmen reagiert: 13 Personen wurden offiziell (schriftlich) verwarnet, Beschlagnahme von Gegenständen in 14 Fällen, Ermahnung in drei und eine Mitteilung an die Arbeitsstelle in einem Fall. Alle Fälle wurden vom Zollamt registriert und kontrolliert.

Wie man sieht, ist es für das AGR unerlässlich, die öffentliche Bekanntmachung der Zollbestimmungen und gültigen Normen für die Ein- und Ausfuhr von Gegenständen zu nicht geschäftlichen Zwecken und andere Rechte und Pflichten zu verbessern. Gleichfalls ist es notwendig, die Maßnahmen zur Bekämpfung von Gesetzesverstößen zu vervollkommen, sowohl derer, die von außerhalb kommen, als auch derer, die die Beamten und Angestellten begehren könnten. •

Kubaner in den Vereinigten Staaten

ANDRES GOMEZ
– Direktor von Areítodigital

• WASHINGTON D. C. – Nach Angaben einer Studie des Volkszählungsbüros der Vereinigten Staaten aus dem Jahr 2004, mit dem Titel American Community Survey, sind wir ein wenig mehr als 1.448.684 Kubaner, die in den Vereinigten Staaten leben.

Das Volkszählungsbüro betrachtet jene als Kubaner, die in Kuba geboren sind und ihre Nachkommen, die in den Vereinigten Staaten geboren wurden. Danach sind 912.686 (63%) in Kuba geboren und 535.998 (37%) Nachkommen von Kubanern, die in diesem Land geboren wurden. Damit sind wir 4% der 40,5 Millionen Lateinamerikaner, die hier leben.

Diese Resultate des Volkszählungsbüros wurden vor kurzem in einer Untersuchung des Pew Hispanic Center unter dem Titel Kubaner in den Vereinigten Staaten veröffentlicht. Dieses angesehene Forschungsinstitut untersucht die lateinamerikanische Bevölkerung in den Vereinigten Staaten.

Von den fast 913.000 Kubanern, die in Kuba geboren wurden, kamen 431.429 (30%) vor 1980 ins Land, 171.798 (12%) kamen zwischen 1980 und 1990 und 309.459 (21,4%) zwischen 1990 und 2004 (dem Zeitpunkt der Umfrage). Zu der letzten Zahl muß man noch mindestens weitere 40.000 hinzuaddieren, die jährlich legal in die Vereinigten Staaten emigrieren. Nach dem Migrationsabkommen der Regierungen der beiden Länder sind dies jährlich mindestens 20.000. Die restlichen 37% sind im Lande geborene Nachkommen.

Das Durchschnittsalter der Kubaner in den Vereinigten Staaten liegt bei 41 Jahren und damit weit über dem der restlichen lateinamerikanischen Bevölkerung in den USA, das 27 Jahre beträgt. Das Durchschnittsalter der Gesamtbevölkerung der Vereinigten Staaten beträgt 36 Jahre.

Das Durchschnittsalter der in den USA geborenen Nachkommen von Kubanern wird auf 18,5 Jahre geschätzt, das derjenigen, die zwischen 1980 und 1990 ins Land ka-



56% der Kubaner, die in den USA leben, sind für einen Dialog zwischen Washington und Havanna. Auf dem Foto eine der letzten Demonstrationen in Miami gegen die Beschränkungen, die Bush den emigrierten Familien auferlegt

men ist 50 und derjenigen, die zwischen 1990 und 2004 kamen, 38 Jahre.

Mehr als zwei Drittel (etwa 990.000) aller Kubaner in den Vereinigten Staaten leben in Florida. Dem folgen die Bundesstaaten New Jersey (81.000), New York (78.000), Kalifornien (74.000) und Texas (34.000). Laut dieser Studie leben überraschenderweise 1.356 im entfernten und eisigen Alaska und 1.886 in den abgelegenen, wenn auch sonnigen, Hawaii-Inseln. Auch in anderen entlegenen Winkeln des Landes leben Kubaner, zum Beispiel 246 in Montana, im Wüstenstaat Nevada sogar 13.000 und in den abgelegenen Staaten North Dakota und Wyoming 200 bzw. 62.

Nach dieser Studie gibt es offiziell nur zwei Bundesstaaten, in denen kein Kubaner bzw. keine Kubanerin lebt. Das sind South Dakota und Arkansas. Obwohl ich glaube, wenn man richtig suchen würde, dann fände man auch dort einen oder sogar mehrere Kubaner bzw. Kubanerinnen.

25% aller Kubaner, so die Studie, die in den USA leben und über 25 Jahre sind, ha-

ben einen Universitätsabschluß. Das ist der doppelte Prozentsatz, den die anderen Latinos erreichen (12%), wenngleich er noch unter dem der weißen Nichtlatinos liegt (30%). Von den hier geborenen haben 39% einen Universitätsabschluß, wogegen es bei den in Kuba geborenen nur 22% sind. Laut dieser Studie leben überraschenderweise 1.356 im entfernten und eisigen Alaska und 1.886 in den abgelegenen, wenn auch sonnigen, Hawaii-Inseln. Auch in anderen entlegenen Winkeln des Landes leben Kubaner, zum Beispiel 246 in Montana, im Wüstenstaat Nevada sogar 13.000 und in den abgelegenen Staaten North Dakota und Wyoming 200 bzw. 62.

Das jährliche Durchschnittseinkommen der Kubaner in den USA liegt bei 38.000 Dollar und damit über dem der anderen Latinos (36.000 \$), aber unter dem der weißen Nichtlatinos (48.000 \$). Bei den auf der Insel geborenen Kubanern haben die vor 1980 gekommenen das höchste Durchschnittseinkommen (38.000 \$), die zwischen 1990 und 2004 gekommen erreichen noch 33.000 \$ und die zwischen 1980 und 1990 emigrierten liegen bei 30.000 \$.

in den USA lebenden Kubaner hat sie bekommen. Das ist mehr als doppelt soviel wie bei den übrigen Latinos (26%). 90% der vor 1980 emigrierten Kubaner sind US-Bürger, von den zwischen 1980 und 1990 Emigrierten sind es 60% und in der Gruppe der zwischen 1990 und 2004 liegt die Zahl bei nur noch 18%.

Die Kubaner und ihre Nachkommen machen 6% der eingeschriebenen Wähler aus. 28% von ihnen bezeichnen sich als Republikaner, 20% als Demokraten und 27% als politisch unabhängig.

Zum Schluß noch eine wichtige Zahl aus der Umfrage des Volkszählungsbüros. Danach sprachen sich 56% der Kubaner im Jahre 2004 für einen Dialog zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten und Kubas aus, um die zwischen beiden Ländern bestehenden Konflikte zu lösen. Das ist eine deutliche Ablehnung der starrensinnigen und unnatürlichen Haltung der US-kubanischen Rechten. •

ZOOM

UNFÄLLE MIT ELEKTRISCHEM STROM NEHMEN ZU

• DIE Unfälle mit elektrischem Strom nehmen in Kuba zu. Wie die Tageszeitung Granma berichtete, starben im vergangenen Jahr 29 Menschen, darunter auch Kinder, während es im Jahr 2006 bereits 22 Todesopfer sowie 10 Schwer- und zwei Leichtverletzte bei insgesamt 34 registrierten Fällen gibt. Jorge Luis Coterón, Direktor für Sicherheit, Inspektion und Wirtschaftsprüfung der Unión Eléctrica, hält die Befestigung von Schildern oder anderen Gegenständen an Stromleitungsmasten, die Installation von Elektrogerä-

ten in den Haushalten ohne korrekte Erdung und die Platzierung von metallenen oder anderen stromleitenden Gestellen unter elektrischen Leitungen zu den häufigsten Unfallursachen. Außerdem weist er auf die Gefahr hin, der man sich aussetzt, wenn man Metallstangen benutzt, um in der Nähe von Stromleitungen Obst von Bäumen herunterzuschlagen, in der Nähe von Kabeln Papierdrachen steigen läßt und mit nassen Händen und barfuß elektrische Geräte bedient.

MODERNE TECHNOLOGIE WIRD DIE PRODUKTIONSKOSTEN VON STAHL SENKEN

• DIE Einführung einer modernen Technologie im Kalkwerk des kubanischen Unternehmens Antillana de Acero, im hauptstädtischen Stadtbezirk Cotorro, wird eine Senkung der Produktionskosten dieser Legierung ermöglichen und den Herstellungsprozeß effizienter machen, versicherte Ever Ballart, Präsident der Gruppe ACINOX. Wie die Nachrichtenagentur AIN

meldete, befindet sich die kubanische Eisenindustrie in einem technologischen Modernisierungsprozeß, der es ihr ermöglichen wird, im Jahr 2007 eine Produktion von 500.000 Tonnen Stahl zu erreichen.

KULTURPROJEKT MIT JAPAN

• TATSUAKI Iwata, der Botschafter Japans in Kuba, und Marta Lomas, Ministerin für ausländische Investitionen und wirtschaftliche Zusammenarbeit, unterzeichneten in Havanna ein Projekt, das darauf gerichtet ist, das Interesse für Astronomie, Kosmologie und Kosmonautik auf der Insel zu fördern. Die Initiative umfaßt die Lieferung von japanischen Hightechanlagen für Projektion und Tonübertragung, eine aus fünf Volumen bestehende digitalisierte graphische astronomische Bibliothek im DVD-Format und astronomische Diapositivreihen von je einhundert Bildern für ein Planetarium, das im zukünftigen Kulturzentrum für Wissenschaft und Technik im historischen Stadtkern eingerichtet werden soll und

den Namen der verstorbenen Ministerin für Wissenschaft, Technologie und Umwelt, Rosa Elena Simeón, tragen wird.

WETTERVORHERSAGEN PER TELEFON

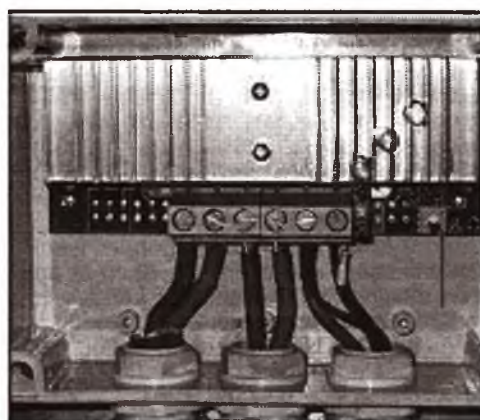
• EIN sehr zuverlässiger Service, durch den man von jedem Ort der Insel aus per Telefon die Wettervorhersage erfahren kann, indem man die Nummer 21-21-21 wählt, fand Zustimmung bei der Bevölkerung von Villa Clara. José Ramón López, Spezialist des Meteorologischen Zentrums dieser kubanischen Zentralprovinz, erläuterte, daß unter normalen Bedingungen um 6 Uhr und um 16 Uhr aktuelle Wetterberichte herausgegeben werden, die auch die spezifische Situation der Provinzen berücksichtigen. Im Fall von Wirbelstürmen und heftigen Regenfällen können Wetterprognosen mit dreistündiger Vorhersage herausgegeben werden. Außerdem kann dieser Service benutzt werden, um Bekanntmachungen und Warnungen der Zivilverteidigung zu übermitteln. •



Solarbatterien und Fernsehantenne nehmen sich klein gegen die beeindruckenden Karstkegel des Viñalestals aus



Zur Freude der Bewohner kam endlich das Fernsehen ins Viñalestal



Anschluß, Transformator und die Batterien einer Anlage

AUF JEDEN QUADRATMETER KUBAS KOMMEN FÜNF kWh

Die Sonne ist ein strategischer Verbündeter

GABRIEL MOLINA
– Granma Internacional

• FÜR Emir Madruga, den Geschäftsführer von ECOSOL, ist die Solarenergie das wichtigste strategische Element einer nachhaltigen Entwicklung.

„Auf jeden Quadratmeter Kubas kommt täglich soviel Sonnenenergie wie aus 500 Gramm Erdöl erzeugt werden kann: 5 kWh. Das ist ein Durchschnittswert, der sich im Jahr praktisch unverändert und fast gleichmäßig auf das ganze Land verteilt“, erklärte Madruga *Granma Internacional*.

„Dank der Erfahrungen mit den Pilotanlagen und der bei Copextel geschaffenen Infrastruktur für Projektierung, Montage und Wartung konnte das Land, neben den Anstrengungen der Elektronikindustrie bei der Herstellung von Solarbatterien, zahlreiche soziale und wirtschaftliche Einrichtungen, die außerhalb des nationalen Stromnetzes liegen, mit Strom versorgen.“

Madruga informierte, daß in den Bergen und in entlegenen Gemeinden das photovoltaische Elektrifizierungsprogramm mit mehr als 400 funktionierenden Installationen für Solarenergie in Familienarztpraxen, Bergkrankenhäusern, Internatsschulen, Kindergärten, Gemeindehäusern angewendet wird. In mehr als 2.364 Primarschulen wurden außerdem in einer ersten Etappe Fernseh- und Videogeräte zur Unterstützung des audiovisuellen Lehrprogramms im Rahmen der „Schlacht der Ideen“ installiert. In einer zweiten Etappe werden in ebensoviel Schulen Solarenergiesysteme eingerichtet, um die Arbeit mit Computern zu gewährleisten. Außerdem werden mehr als 1.860 Videosäle geschaffen, eine echte Einrichtung zur Förderung der Kultur, und in Sekundarschulen und anderen Objekten, die keine verlässliche Stromversorgung hatten, wird der Vorteil dieser Lösung bestätigt.

„Neue Anwendungen nehmen im interna-

nationalen Maßstab einen bedeutenden Platz bei der Lösung von Problemen ein“, fuhr er in seinen Erläuterungen fort.

„Bei der Elektrifizierung von ca. 200 abgelegenen Wohnhäusern in den Kreisen Yateras und San Antonio del Sur, in Guantánamo, ist auch ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen.“

Der ECOSOL-Fachmann bestätigte, daß sich „die photovoltaischen Systeme vor allem in Gegenden durchsetzen, die außerhalb des nationalen Elektroenergiesystems (SEN) liegen. Diese Systeme haben nicht nur den Vorteil, daß sie zuverlässig arbeiten, sondern vor allem, daß sie autonom und unabhängig sind.“

Die direkte Umwandlung der Sonneneinstrahlung in Elektrizität durch photovoltaische Konversion ist eine der weitverbreitetsten Formen der Nutzung. Ihre nachhaltige internationale Entwicklung weist in den letzten fünf Jahren einen Wachstumsrhythmus von jährlich 33 Prozent auf. Ende 2004 waren schon mehr als 2.510 MW installiert, knapp 90 Prozent davon in den Industrieländern... Unter spezifischen Bedingungen werden schnell Systeme installiert, die an das Netz angeschlossen sind.

„Der Anschluß photovoltaischer Systeme an das Netz tritt immer häufiger auf“, erklärte er. „Zunächst hatte man sie für große Photovoltaikzentralen geschaffen. Mit der fortschreitenden Entwicklung in der Elektronik ging man dazu über, kleinere und handlichere Systeme zu entwerfen, die wie Minizentralen an Wohnungen mit herkömm-

lichem Netzanschluß voll angepaßt werden können. Auf diese Weise reduzieren sich die Investitions- und Betriebskosten enorm, und die Leistung erhöht sich.“

„Der Anschluß der Systeme an das Netz könnte wie in Deutschland, Japan und anderen Ländern eine wichtige Ergänzung zur Stabilität der nationalen Stromversorgung darstellen, wenn umgehend ein entsprechendes Anwendungsprogramm in unserem Land entwickelt würde. Dank der umfangreichen Möglichkeiten ihrer Nutzung könnte diese Variante binnen kurzer Zeit eine hohe Produktion von photovoltaischen Zellen bedingen.“

„Die hybriden Systeme – sie sind zuverlässig, beanspruchen wenig Wartung, benötigen wenig oder gar keinen Kraftstoff und verlangen weniger Batterien – werden häufig in schwer zugänglichen Gegenden angewendet. Mehr und mehr setzt sich die Kombination Windkraft-Solarbatterie-Dieselloil durch. In ihnen finden die (ständig weiter entwickelten) 'intelligenten Kontrollsysteme' eine breite Anwendung.“

„Ein sehr wichtiger Bereich für die Einführung der Solarenergie wird der Verkehr sein. Etwa in Omnibussen, die den von den Solarzellen und den Motoren erzeugten Wasserstoff nutzen“, erwähnt Madruga zum Abschluß.

Weltweit haben sich an das Netz angeschlossene photovoltaische Systeme seit 1998 praktisch verdoppelt. Von 120 MW im Jahr 2000 war die Leistung 2001 bereits auf 200 MW angewachsen. Diese Tendenz wurde beibehalten und in den letzten Jah-

ren ausgebaut. Mit 90 MW im Jahr 2001 führen Japan und die BRD in dieser Anwendung. In den letzten Jahren ist ein starker Anstieg festzustellen. Im US-Bundesstaat New Mexiko installierte die Regierung einen Generator und fünf weitere sind geplant. Verglichen mit Japan müßten die an das Netz angeschlossenen Systeme in Kuba Vorteile mit sich bringen. Was Europa betrifft, insbesondere die BRD, müßte ein photovoltaisches System in Kuba aufgrund unserer größeren Sonneneinstrahlung mehr Elektroenergie erzeugen.

SOLARENERGIE FÜR DAS NATIONALE STROMNETZ

Ein weiteres Beispiel für die Stromversorgung von Wohnhäusern geht auf das Ende des Jahres 2003 zurück. Jean-Paul Robles, der Repräsentant von Total, des viertgrößten internationalen Konzerns für Erdöl und Erdgas, in Kuba, aß in Viñales mit befreundeten Bauern zu Abend. Da kein elektrisches Licht vorhanden war, mußten bei Eintritt der Dunkelheit Kerzen angezündet werden.

Das Unternehmen Total spendete Bauelemente im Werte von 43.500 Euro, um dort 43 Häuser mit Sonnenenergie zu versorgen, und übernahm, gemeinsam mit dem UNDP, das sich mit 24.769 Euro an diesem Projekt beteiligte, die Frachtkosten bis zum Hafen in Havanna.

"In der zweiten Phase sind wir, nunmehr mit einem gesicherten Budget von 105.000 Dollar, in der Lage, 52 Häuser zu bauen und mit Strom zu versorgen, denn wir haben das Geld, es muß nur noch begonnen werden. Wenn alles gut läuft, es keine logistischen Probleme gibt, werden sie Ende dieses Jahres 2006 fertig sein", kündigte er an.

Im Verlaufe einer Energierevolution, wie sie in Kuba durchgeführt wird, sind alternative Energiequellen sehr wichtig, nicht nur weil damit Erdöl gespart wird. Die steigenden Ölpreise machen die Solarenergie auch wirtschaftlicher als vor der Verteuerung des Erdöls. Um internationale Meinungen zu dem Thema zu hören, fragen wir den Vertreter von Total:

"Solarenergie", so Robles, "kann auf verschiedene Art und Weise genutzt werden, sowohl an nicht elektrifizierten Orten als auch über den Anschluß an das Verteilernetz eines Landes. Sie kann zum Beispiel in den Spitzenzeiten eine Hilfe für das normale Verteilernetz sein."

Sie kann aber auch als Einsparung dort genutzt werden, wo das klassische System sehr schwer anwendbar ist, weil die Stromkosten sehr hoch ausfallen würden. Spezialisten berechnen den Bedarf und dann wird es umgesetzt, wie im französischen Martinique, wo die Solarenergie billiger ist als die auf herkömmliche Art erzeugte."

BEI EINEM HURRIKAN

Während einer Naturkatastrophe könnte nach Robles Meinung die Sonnenenergie eine interessante Lösung sein, bei einem Hurrikan oder langen Abschaltungen Licht zu spenden oder Strom zu erzeugen. Die Sonnenenergie kann gespeichert sein und es ist möglich, da das System leicht zu montieren und abzumontieren ist, auch direkt vor und nach dem Sturm ohne größere Schwierigkeiten und Gefahren Strom zu erzeugen.

"Mit Solarenergie kann praktisch jedes Gebäude beleuchtet werden, zum Beispiel Krankenhäuser, wo auch Apparate und Geräte für dringende Fälle mit Strom versorgt werden müssen."

"Das gesamte System eines Krankenhauses oder anderer Gebäude könnte durchaus mit Strom versorgt werden. Man muß nur den Bedarf errechnen und die Anzahl der photovoltaischen Zellen entsprechend erhöhen, bis die erforderliche Leistung voll erreicht wird."

Die Investitionskosten, sagte der Vertreter von Total, könnten anfangs im Vergleich zu einer ölbetriebenen Anlage eventuell höher sein, aber der Kraftstoffverbrauch fällt weg und sie arbeitet sicher und sauberer. In Viñales belaufen sich die Kosten auf 1.925 Dollar pro Haus für Beleuchtung, moderne Kommunikationsmittel, Fernseher und Radiorekorder. •



Die Montagebrigade zusammen mit Jean-Paul Robles

IM VIÑALESTAL

"Sechs herrliche Monate mit Solarenergie"

ALBERTO D. PEREZ
- für Granma Internacional

• "SECHS herrliche Monate", so sagt hier ein Bewohner, sind bereits vergangen, seit 43 Bauernfamilien in dem wunderschönen Viñalestal die Vorteile einer sauberen, von der Sonne erzeugten Elektrizität genießen. Wegen seines Verdienstes als "gemeinsames Werk von Mensch und Natur", wurde das Tal 1999 von der UNESCO in der Kategorie Kulturlandschaft zum Welterbe erhoben.

Die Einweihung des Sonnenenergie-Projekts im Januar 2006 war ein großes Fest im Tal.

Es ist ein Projekt des französischen Unternehmens Total und wird von dem Finanzinstitut OCEOR und dem Französischen Fonds für die Umwelt, der kubanischen Regierung und des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) gefördert.

Jedes Modul dieses Projekts besteht aus vier Solarbatterien, vier 6-V-Batterien, einem Transformator 12/110 V, einem Farbfernseher, einem Radiorekorder und fünf Lampen. Die Geräte kamen von drei französischen Institutionen; die Kabel, die Installation und die Unterweisung der Benutzer übernahm die Provinzregierung (Pinar del Río) und die Gemeindeverwaltung (Viñales); während Koordinierung, Leitung und Kontrolle des Projekts das Programm für Örtliche Menschliche Entwicklung (PDHL/Cuba), eine Strategie des UNDP für dezentralisierte Entwicklung, übernahm.

Die französische Botschafterin, Marie-France Pagnier, bezeichnete das Ereignis als eine Herausforderung und einen Erfolg, und als ein Beispiel der fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen den "öffentlichen Institutionen, der internationalen Zusammenarbeit des UNDP und dem Privatsektor, vertreten durch unsere Unternehmen Total und OCEOR."

Der Vertreter von Total, Jean-Paul Robles, bedankte sich besonders für die Koordinierungsarbeit und Förderung durch PDHL/Cuba in der Provinz Pinar del Río.

Im Namen des Ministeriums für Ausländische Investitionen und Wirtschaftliche Zusammenarbeit (MINVEC) hob der Spezialist Ramiro León die gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung der Elektrifizierung

dieser Siedlung hervor, denn "der Mittelpunkt der Gemeinde ist der Mensch."

Héctor Luis Cabrera, Präsident der Kreisverwaltung der Poder Popular in Viñales, sagte zu *Granma Internacional*, daß die 43 elektrifizierten Häuser zu den anderen Einrichtungen hinzukommen, bei denen der kubanische Staat die photovoltaische Energie finanziert hat. Er meinte, die Gemeinde- und die Provinzverwaltung seien bereit, die photovoltaische Elektrifizierung anderer abgelegener Häuser fortzusetzen.

Reynaldo Estrada, der Direktor des Nationalen Zentrums für Geschützte Gebiete, eine Einrichtung des Ministeriums für Wissenschaft, Technologie und Umwelt (CITMA), sagte, "es ist ein wichtiger Beitrag in der Region zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Harmonie mit der Natur."

Dieses Zentrum ist das leitende Organ des Nationalen Systems für Geschützte Gebiete, zu dem das Viñalestal zählt.

Im Namen des UNDP hob der nationale Koordinator des PDHL/Cuba, Sergio Novas, die Bedeutung dieser Bemühungen hervor.

Manuel Vázquez wurde vor 54 Jahren im Viñalestal geboren. Hier gründete er seine Familie, mit der er auf sechseinhalb Hektar den Qualitätstabak Habana 92, Obst und Gemüse anbaut.

"Elektrischen Strom und Unterhaltung in unserem Haus zu haben, war ein lang ersehnter Traum, der jetzt Wirklichkeit geworden ist. Von ganzem Herzen danke ich für diese herrlichen Monate und hoffe, daß weitere Bauernfamilien im Viñalestal sich ebenfalls bald daran erfreuen können." •

Ja,

Ich bestelle
für die Dauer von

1 Jahr (12 Ausgaben) 15 Euro

6 Monaten (6 Ausgaben) 8 Euro

Zahlungsweise

gegen Rechnung Per Bankeinzug

Anschrift

Meine Bankverbindung

Name

Geldinstitut

Str./Nr

BLZ

PLZ/Ort

Konto

Datum / Unterschrift

Ich kann die Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich widerrufen (Poststempel zählt). Wird das Abo nicht bis 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes gekündigt, verlängert es sich automatisch um den gewählten Zeitraum.

2. Unterschrift
Cupon an:
GNN Verlag
Zülpicherstr. 7
50674 Köln
Tel: 0221-21 1658



Renny Arozarena gelang eine überzeugende Verkörperung des Benny

El Benny hat schon drei Preise

• Der neue kubanische Film über den Bárbar del Ritmo gilt als kontrovers

MIREYA CASTAÑEDA
- Granma Internacional

• *EL Benny*, ein kubanischer Film zu Ehren eines der größten Volksmusiker der Insel, Bartolomé Maximiliano Moré (1919-1963), kann in der kurzen Zeit seit seiner Fertigstellung schon drei Auszeichnungen vorweisen: die Kontroverse, die er ausgelöst hat; mehr als 200.000 Zuschauer seit seiner Uraufführung im Juli und die der Kritik aus der Schweiz für den Schauspieler, der ihn darstellt.

Schon anhand des kurzen Titels, den sein Regisseur Jorge Luis Sánchez gewählt hat, könnte man aber von einer Art Zurückhaltung reden, mit der er mit der mythischen Gestalt des charismatischen Künstlers umgeht, der zu Recht *El Bárbar del Ritmo* genannt wurde.

Und diese Zurückhaltung fällt nicht nur bei Sánchez auf, sondern fast in der gesamten kubanischen Filmographie, die die Figur des Benny lediglich in zwei Dokumentarfilmen behandelte, und in einer kubanisch-mexikanischen Koproduktion von 1987, von Constante Diego, die unglücklicherweise so mißlungen war, daß sie nie aufgeführt wurde.

El Benny ist das Erstlingswerk in der Kategorie Spielfilm von Sánchez, einem hervorragenden Dokumentarfilmregisseur (*Las sombras corrosivas de Fidelio Ponce aín, El fanguito*), der bis zum Gehtnichtmehr wiederholt hat, daß es sich nicht um eine Biographie des unvergeßlichen Komponisten, Sängers und Bandleiters (ohne die musikalische Technik zu kennen) handelt, sondern daß er von den vielen möglichen Benny Moré seinen eigenen ausgewählt hat.

Gewiß, Benny zu behandeln, ist eine Herausforderung, aber im internationalen Kino sind viele große Sänger behandelt worden, und Sánchez, der zudem ein Verwandter Morés ist und eine lange Liste von Erlebnisberichten gesammelt hat, brauchte zwölf Jahre für den Film.

Der Filmemacher hatte 1994, inmitten einer Wirtschaftskrise, in der die Filmindustrie fast am Boden lag, das Drehbuch fertig. Zwei Jahre später konnte Sánchez mit dem Dramaturgen Abraham Rodríguez (*Andaba*) zusammenarbeiten, der das Ende des Projekts aber nicht mehr erleben konnte.

Schließlich fanden sich die Mittel, und der Film konnte gedreht werden, der, wie der Regisseur behauptet, "kein Musical ist, sondern die Tragödie eines Mannes, der Musiker war". Die Produktion besorgten das ICAIC, die Coral Capital Entertainment Ltd., Ibermedia und Igeldo Komunikazioa.

Es ist kein Musikfilm, das stimmt, doch sind, wie es anders auch gar nicht sein kon-

nte, Bennys Lieder da, aber nicht von ihm selbst gesungen. In einer der Premiere vorausgegangenen Pressekonferenz erklärte Sánchez, es sei unmöglich gewesen, die Originalaufnahmen zu benutzen, da sie monophon aufgenommen sind, und weil die Autorenrechte für alle notwendigen Lieder nicht vorhanden waren.

José Manuel Ceruto, der Verantwortliche für die ausgezeichnete Musik (dem Kaiser was des Kaisers ist), verriet danach, daß alle Musiknummern neu aufgenommen worden sind, und es die Stimme eines Liedermachers aus Santiago ist, Juan Manuel Villi, deren Klang der des Benny so überraschend ähnlich sei.

Alles ist begreiflich, aber bei so vielen Platten des Benny, bei so vielen vorhandenen Filmkopien wünschte man sich eine stärkere Beteiligung des echten Bárbar del Ritmo (seine wirkliche Stimme hört man nur am Schluß, in dem Lied *Soy Campesino*).

Weitere Aspekte des Ganzen, das den Film ausmacht. Die künstlerische Leitung und die Fotografie ragen in diesem Fall positiv heraus. Erick Grass hatte von der Idee des Regisseurs auszugehen, daß "ein Film über Benny Moré groß sein muß", es gelang ihm, das Havanna der 40er und 50er Jahre wieder auferstehen zu lassen, während José Manuel Riera, als fotografischer Leiter, noch andere Auszeichnungen (Nuancen, Details, Kontraste, die Atmosphäre des Nachtclubs) für sich zu verbuchen hat.

Musik, Ambiente, Fotografie, Drehbuch, alles umgibt die Figur des Benny. Und hier sehe ich Stoff für Diskussionen. Es handelt sich um einen Schauspieler, Renny Arozarena, der den mythischen Sänger wieder zum Leben erweckt.

Er sieht ihm nicht ähnlich, das ist wahr, aber der junge Schauspieler, er kommt vom Theater, verkörpert ihn überzeugend. Er ist schon mit dem Boccalinopreis der Kritik des Internationalen Filmfestivals von Locarno (Schweiz) ausgezeichnet worden, die schrieb: "Ein großer Schauspieler, der einem Mythos der Musikgeschichte Farbe, Leidenschaft und Atem verleiht und ihn der Kinogeschichte schenkt".

Regisseur José Luis Sánchez entschied sich für den Benny, den er in seinem Film zeigen wollte, das ist sein Recht, aber vielleicht hätte er mehr den beruflichen Aspekt hervorheben können, statt des persönlichen, den man genauestens kennt und der voller Exzesse ist.

El Benny ist ein Film, der zu Gesprächen und Diskussionen anregt. Über 200.000 Kubaner haben seinen Film schon gesehen und Arozarena hat einen internationalen Preis gewonnen. Der Regisseur selbst stellte fest, für ihn sei der erste Preis die Möglichkeit gewesen, ihn drehen zu können. José Luis Sánchez kann sich somit glücklich fühlen. •

Der Palast der Grafen von Santovenia

CORALIA RIVERO
- für Granma Internacional

• AN der Plaza de Armas steht in der *calle Baratillo* ein neoklassischer Bau, der seiner Größe und Architektur nach den Palästen des *Segundo Cabo* und der *Capitanes Generales* Ehre macht: der Palast der Grafen von Santovenia.

Das Haus wurde Ende des 18. Jahrhunderts für Dr. Julián F. Martínez de Campos, Graf von Santovenia, errichtet, dem nach einem Königlichen Erlaß von Fernando VII., am 7. Mai 1824 der Adelstitel verliehen wurde.

1832 schon ging der Palast in die Hände des Neffen, José María Martínez de Campos, über, der ebenfalls zum Grafen von Santovenia geadelt wurde. In den Jahren, in denen er den Palast bewohnte, nahm er innen und außen verschiedene Verbesserungen vor. Er ließ die eiserne Veranda anbauen, an der an einer Ecke seine Initialen zu erkennen sind. Die oberen Zimmer waren reich möbliert und das Parterre war Lagerräumen vorbehalten.

Vor dem Haus feierte man um 1833 große Feste. Bei einem dieser Feierlichkeiten wurde ein unbemannter Gasballon gestartet.

Der malerische, rote Ballon, der vom Dach des Palastes aus in die Luft stieg, trug ein Emblem zu Ehren der Thronbesteigung der Prinzessin María Isabel von Borbon in Spanien. Der ganze Palast war von Kerzen er-

leuchtet, die in dreitausend bunten Gläsern den zwölf Säulenbögen entlang, die an einem eleganten Tor endeten, aufgestellt waren.

In den Jahren 1867-68 beherbergte der Bau das Hotel Santa Isabel. Ein Chronist aus den USA schrieb in seinem Buch *Cuba a pluma y lápiz*, daß die alte Residenz des Grafen von Santovenia in ein Hotel verwandelt worden war, das wegen seiner großen und luftigen Räume als das beste der Stadt galt.

Zwanzig Jahre später wurde im Obergeschoß des Hauses die Lonja de Víveres de La Habana, ein Lebensmittelmarkt, untergebracht und 1943 wurde es einer Generalreparatur unterzogen, ohne seine primitive Struktur zu verändern.

Ab März 1997 baute es die Gruppe Habaguanex S.A. zu dem Luxushotel Santa Isabel um, in dem der Komfort eines Fünf-Sterne-Hotels angeboten wird. Besonders attraktiv ist das der kolonialen Umgebung des Standorts angepaßte Ambiente des Hotels.

Viel Anerkennung und Lob fand es bei berühmten Persönlichkeiten wie den US-amerikanischen Schauspielern Jack Nicholson und Bruce Willis oder der kubanischen Sängerin Rosita Fornés.

Mit all diesen guten Eigenschaften ist das stolze Santa Isabel als ein Kleinod des Tourismus zu empfehlen. •



Der Palast an der Ostseite der Plaza de Armas ist jetzt das Hotel Santa Isabel

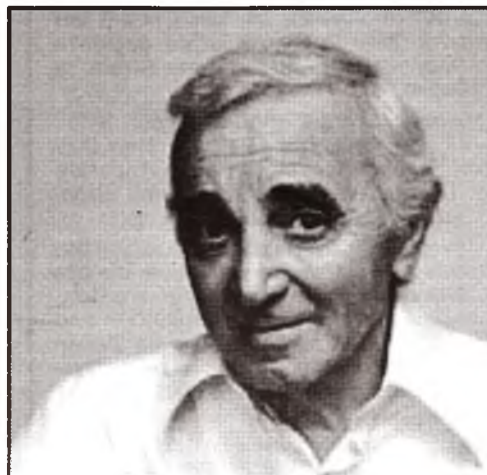
Charles Aznavour kommt zu Aufnahmen nach Kuba

• PARIS (SE):- Der berühmte französische Chansonier Charles Aznavour erklärte, daß zu seinen unmittelbaren Vorhaben eine Reise nach Havanna gehöre, um dort mit dem kubanischen Pianisten Chucho Valdés eine gemeinsame CD aufzunehmen.

Das teilte er der Lokalpresse während der Präsentation seiner autorisierten Biographie *Charles Aznavour ou le destin approprié* mit, die vom Schriftsteller Daniel Pantchenko verfaßt wurde und auf über 600 Seiten das intensive Leben des 82-jährigen Künstlers schildert.

Obwohl er den Termin für das Treffen nicht präziserte, erläuterte er, daß dieses nach seiner für die nächsten Tage geplanten Reise nach Armenien, dem Land seiner Vorfahren, stattfinden werde. Die Mitwirkung Chuchos sei laut *Le Figaro* darauf zurückzuführen, daß der Sänger von der lateinamerikanischen Klangfülle fasziniert sei.

Im Jahr 2002 hatte Aznavour mit einem an-



deren kubanischen Musiker zusammengearbeitet, und zwar mit dem mythischen Compay Segundo, mit dem er das Thema *Morir de amor* für die CD *Duetos* aufnahm. •

DER TERRORISMUS UND DIE MANIPULATION DER ANGST

Die andere Waffe der USA und ihrer Verbündeten

JUAN C. ALFARO

• DIE neue Drohung eines terroristischen Attentats versetzt die Welt in Schrecken. Wem aber nützt der internationale Terrorismus nun wirklich?

Als die Welt begann, die israelische Offensive im Libanon angesichts einer so großen Zerstörung und des Todes so vieler Zivilisten allmählich in Frage zu stellen, geschah etwas, das schon nicht mehr als Zufall bezeichnet werden kann und es passierte gerade rechtzeitig, um den sogenannten Krieg gegen den Terrorismus, den die USA und ihre Verbündeten führen, zu rechtfertigen.

Am 10. August verkündeten Sicherheitstruppen der britischen Regierung, die Pläne einer Bande vereitelt zu haben, die mehrere Passagierflugzeuge auf ihrer Route von Großbritannien in die USA in die Luft zu sprengen drohten.

Zunächst nahm die britische Polizei 24 Verdächtige fest, die, wie sie sagten, radikalisierten islamischen Kreisen angehören.

Damit hat der internationale Terrorismus in der ganzen westlichen und zivilisierten Welt die höchste Alarmstufe ausgelöst und die Angst zu allen ihren Regierungen und Bewohnern getragen.

Im Vereinigten Königreich führte die Alarmstufe zu einer kritischen Situation. Der Geheimdienst MI5 hatte auf seiner Webseite über die Beibehaltung der höchsten Alarmstufe informiert. Dieses Organ bat die Bevölkerung, eventuellen verdächtigen Geschehnissen gegenüber sehr wachsam zu sein und jede Anomalie sofort der Polizei zu melden.

Wie ein Virus verbreitete sich die Meldung und verursachte in der westlichen Welt eine Paranoia, und die Sicherheitsmaßnahmen schnellten auf die höchste Stufe. Internationalen Medien zufolge, griffen mehrere internationale Flughäfen zu der Variante, Flüge zu annullieren und gründliche Durchsuchungen vorzunehmen, aus Angst, daß einige Terroristen noch frei herumlaufen könnten.

Die 24 festgenommenen Personen sollen Moslems britischer Nationalität sein. Laut US-Geheimdienst sollen mindestens 50 Personen in die Angelegenheit verwickelt sein. Im Gegensatz zu den Angriffen vom 7. Juli 2005 (7J in London), versichern Quellen des Geheimdienstes, daß eine direkte Verbindung der Verhafteten zu hohen Mitgliedern von Osama Bin Ladens Netz Al Qaeda bestehe.

In diesem Zusammenhang wurden auf der ganzen Welt Szenen von Psychosen wahrgenommen, die viele Länder zwang, ihre Sicherheitsmaßnahmen zu verstärken. Man hörte überall von Notlandungen aufgrund schriftlicher Drohungen oder aller möglichen Kleinigkeiten. Alles steht unter Verdacht.

Und wie gewöhnlich und aufgrund ihrer Strategie, versicherte Minuten nach Bekanntgabe des "gescheiterten terroristischen Plans", der Präsident der USA, George W. Bush, daß sein Land "im Krieg mit den islamistischen Faschisten" stehe.

Bush nutzte die Gelegenheit außerdem um anzukündigen, daß die Zusammenarbeit zwischen Washington und London ausgezeichnet gewesen sei, und daß die Vereinigten Staaten noch nicht völlig sicher seien.

"Es ist ein Fehler zu glauben, daß für die USA keine Gefahr bestehe", erklärte der Staatschef und ergänzte, "dieses Land ist sicherer als vor dem 11. September, aber wir sind nicht völlig sicher".

So wurde nun ein neues Kapitel in diesem tragischen Roman von Bush und seinen Falken aufgeschlagen, der am 11. September 2001 begann.

Man darf nun aber nicht naiv sein und muß wissen, daß es äußerst notwendig ist, dieser Frage eingehend nachzugehen, um zu



Der internationale Terrorismus rechtfertigt die neue Doktrin von der nationalen Sicherheit der USA, "die Präventivkriege"

klären, wem diese Situation eigentlich nützt.

Nach dem 11. 9. bewirkte die Außenpolitik der USA eine Reihe von Veränderungen und es kam zur einseitigen Verkündung ihres "Krieges gegen den Terrorismus". Nach dem Attentat am 11. März 2004 (11. 3.) in Spanien und dem 7. 7. 2005 in England ordneten sich Europa und ein großer Teil der westlichen Welt dieser Linie unter, die dann zu den Ereignissen der zweiten Augustwoche führte.

Doch ein großer Teil der internationalen Gemeinschaft hört nicht auf, darüber nachzudenken, welche Fakten und welche Ergebnisse dieses Szenarios zusammenpassen.

Seit fünf Jahren beobachtet und hört man in der Welt von "Komplotts", "Terrorplänen" und "Drohungen". In Zeiten, in denen die Welt auf andere wichtige Themen blickt, treten Bin Laden und Al Qaeda in Videos zweifelhafter Herkunft in Erscheinung. Diese Situation ist äußerst günstig für Bush. Nachdem er den "globalen Krieg gegen den Terrorismus" durchgesetzt hat, der alle Länder des Planeten umfaßt, unterstreicht Washington seine eigene Doktrin der "nationalen Sicherheit" und der "Präventivkriege" und versucht, sich als Vorkämpfer des 21. Jahrhunderts in Szene zu setzen, der notwendig ist, um diesen Bedrohungen ein Ende zu setzen.

Und das nicht nur im Weltmaßstab, sondern auch im Inneren. Es sei daran erinnert, daß im November in dem nordamerikanischen Land Parlamentswahlen stattfinden. Umfragen zufolge könnten die Republikaner die Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses verlieren.

Das würde die geschwächte Bush-Regierung hart treffen und könnte zu einem neuen Watergate führen.

Dann wäre, wie bei den Präsidentenwahlen 2004, eine neue kleine Hilfe von Al Qaeda angebracht, die als Instrument dienen könnte, jenes Panorama umzukehren.

Es sei auch daran erinnert, daß damals ein Video von Bin Laden mit einem "Terroranschlag auf New York" drohte, der es Bush gestattete, nach einem ziemlich harten Wahlkampf seine zweite Amtszeit anzutreten.

Ein so auf den US-Amerikaner zugeschnittenes Rezept führte im Falle seines spanischen Verbündeten José María Aznar dazu, daß sein Rivale, José Luis Rodríguez Zapatero – nach dem 11. 3. - Präsident wurde, obwohl Aznar bei den vorhergehen-

den Umfragen als Gewinner der Wahlen gehandelt wurde.

In Italien versuchte man mit Silvio Berlusconi (ein weiterer Verbündeter von Bush) die gleiche Strategie mit mageren Ergebnissen. Im März sagte der damalige Verteidigungsminister, Antonio Martino, daß die Möglichkeit eines Terroranschlags am Vorabend der Wahlen vom 9. und 10. April "nicht ausgeschlossen ist", um die Ergebnisse zu beeinflussen. Ein solches Attentat gab es nicht und die Partei Berlusconi war der große Verlierer der Wahlen.

Womit bewiesen ist, daß die US-Amerikaner von dem "Terrorismus" immer am meisten profitierten und so ihre Pflicht erfüllten.

Eine Studie von IAR-Nachrichten spiegelt diese Lage wider: Der 11. 9., der 11. 3. und der 7. 7. brachten Bush und seiner Regierung die meisten politischen Vorteile.

Die Untersuchung weist darauf hin, daß mit dem 11. 9. Washington den Konsens erlangte, um Irak und Afghanistan zu überfallen. Mit dem 11. 3. und seinem wiederbelebenden Effekt in den USA gewann Bush 2004 seine Wiederwahl. Und mit dem 7. 7. konnten sie den Patriot Act, ein wichtiges Werkzeug des Krieges gegen den Terrorismus, erneuern und erweitern.

Außerdem fällt auf, daß bei jeder militärischen Invasion Washingtons, die darauf zielt, dem Terrorismus ein Ende zu bereiten, die Rüstungs-, Erdöl-, Technologie- und Dienstleistungskonzerne des Militärisch-Industriellen-Komplexes der USA immense Gewinne gemacht haben.

In dieser Hinsicht waren Bin Laden und Al Qaeda nur funktionelle Instrumente für die Notwendigkeit Washingtons, als Ersatz für die aufgelöste Sowjetunion und den drohenden Kommunismus einen neuen großen Feind zu suchen.

Die Ergebnisse springen ins Auge. Der nördlichen Macht gelingt es, einen lokalen und internationalen Konsens zu erreichen, der ihre militärische Invasionspolitik nach Entwürfen ihres Imperiums zustimmt und rechtfertigt.

Der "internationale Terrorismus" rechtfertigt dann die neue "nationale Sicherheitsdoktrin" der USA, die "Präventivkriege", die innere und äußere Spionage und erarbeitete außerdem eine neue "Hypothese des militärischen Konflikts".

Auf einer internationalen Szene, auf der die konventionellen militärischen Kriege zwischen den Staaten nicht häufig sind, dient das Phantom Bin Laden als Vorwand

für die Militärexpansion der USA und seiner Verbündeten.

Sind wir wirklich nur so wenige, die diese Situation erkennen? Nein, zum Wohle der Menschheit werden in verschiedenen Teilen der Welt die enthüllenden Stimmen immer lauter.

Wie aus der im Mai von dem bekannten internationalen Zoghy-Institut durchgeführten Umfrage hervorgeht, bezweifeln 42 Prozent der US-Bürger die offizielle Version über den 11. 9. Sie meinen außerdem, daß die Untersuchungskommission mehr zur Verschleierung der Tatsachen gedient hat. Und 44 Prozent denken, daß Bush die Attentate ausnutzte, um den Krieg gegen den Irak auszulösen.

Zum anderen ist da noch der russische General Leonid Iwaschow, Chef des Generalstabs der russischen Streitkräfte zum Zeitpunkt der Attentate vom 11. 9., der in einer Mitteilung, die das Netz Voltaire veröffentlichte, äußerte, daß der internationale Terrorismus nicht existiere und die Attentate des 11. September eine Montage waren.

"Was wir sehen, ist nicht mehr als ein von den Großmächten manipulierter Terrorismus, den es ohne sie nicht gäbe", schrieb Iwaschow.

Abgesehen davon, ob das Verschwörungstheorien sind oder es am 11.9. ein wirkliches Attentat war, ist gewiß, daß Al Qaeda angeblich einen islamischen Kampf gegen dem Westen verkörpert. Diese Einschätzung ist aber unzutreffend, nicht nur, weil sie von dieser Seite der Welt ausgeht.

Anfang August, inmitten der israelischen Aggression gegen den Libanon, rief ein vermeintliches Video von Ayman al-Zawahiri, der als Nummer Zwei des Al Qaeda gilt, im Fernsehen die sunnitischen und schiitischen Gemeinden auf, sich gegen Israel zu verbünden. Auf Anfragen der russischen Nachrichtenagentur Ria-Novosti erklärte ein Sprecher der Hisbollah, daß das Video eine absichtliche Fälschung der US-amerikanischen und israelischen Geheimdienste sei. Die schiitische Bewegung betonte, nie mit Al Qaeda in Verbindung gestanden zu haben und wegen der bestehenden Divergenzen zwischen beiden Gruppen, die vor allem die Religion und die Politik betreffen, niemals in Verbindung stehen wird.

"Die Hisbollah verteidigt die Interessen des Libanon und der ganzen arabischen Welt, Al Qaeda dagegen spielt der US-Regierung in die Hände und macht nichts anderes, als dem Islam und allen Moslems zu schaden", schloß er.

Terrorismus und Angst, die andere Waffe der USA und ihrer Verbündeten. Es lohnt sich, darüber nachzudenken. Washington ist dabei, den Krieg gegen den "islamischen Terrorismus" im Irak und in Afghanistan zu verlieren. Israel ist dabei, den Krieg gegen den "islamischen Terrorismus" im Libanon und in Nahost zu verlieren.

Angesichts dieser widrigen Lage fällt ein neuer potentieller terroristischer Anschlag vom Himmel.

Bis heute hat niemand, nicht einmal die USA mit der CIA, genaue Angaben zur Existenz bzw. dem Tod von Bin Laden gemacht, und noch niemand hat aufgedeckt, wie er der militärischen Umzingelung und den Raketen in Afghanistan entkommen konnte.

Osama, der Unnahbare, verschwand ohne jede Spur zu hinterlassen, obwohl ihn die Geheimdienste der ganzen Welt suchen. Unterdessen nimmt der "Krieg gegen den Terrorismus" seinen unheilvollen Lauf.

BEI ANDEREN GELESEN

Der Terrorismus klopft in der BRD an die Tür

LUIS LUQUE ALVAREZ
- *Juventud Rebelde*

• ERST war es Madrid. Dann London. Jetzt hätte es das deutsche Köln sein können.

Die BRD verfolgt gespannt die Untersuchungen zu den vereitelten Bombenanschlägen in zwei Personenzügen dieser schönen Stadt am Rhein. Glücklicherweise kam es nicht zu einem Blutbad, denn die Sprengsätze wiesen Fabrikationsmängel auf.

Am Sonnabend, dem 17. August, verhaftete die deutsche Polizei einen der beiden Hauptverdächtigen. Sicherheitskameras hatten beide gefilmt, als sie am 31. Juli im Hauptbahnhof dieser Stadt schwere Koffer schleppten.

Wer ist der Verhaftete? Yousef E.H., ein libanesischer Student, 21 Jahre alt, "sehr liebenswürdig und nett", meinte ein Nachbar. Er wohnte seit 2004 in dem europäischen Land und hatte kurz zuvor seine Heimat besucht.

Noch eine Angabe: dort verlor er Tage vor den Kölner Ereignissen bei den israelischen Bombenangriffen einen Bruder...

Eine simple Logik könnte die nicht zu rechtfertigenden Attentate von Madrid (März 2004) und London (Juli 2005) mit der Unterordnung ihrer Regierungen unter das Weiße Haus und dessen Kriegspolitik in Nahost in Verbindung bringen. Nicht beantworten könnte sie aber folgende Frage: Warum in der BRD? Warum sollte ein Land Zielscheibe des Terrorismus sein, das sich Bushs Irakabenteuer widersetzt hat?

Es ist wahr, im Irak sind keine deutschen Truppen. Aber aufgrund der neuesten Massaker im Libanon lohnt es sich zu fragen, warum die Regierung von Kanzlerin Angela Merkel ebenso wie die Regierungen der USA und Großbritanniens eine sofortige Waffenruhe ablehnte, die Frankreich und Spanien forderten?

Vielleicht – ich weiß es nicht – starb der Bruder von Yousef, als Berlin es ablehnte, mit dem Massaker endlich Schluß zu machen. Ein Mann sagte es der populistischen deutschen Zeitung Bild: "Er konnte damit nicht fertig werden. Vielleicht wollte er sich rächen."

Der Zorn über die Ermordung des Verwandten erscheint so als Hauptursache. Kann aber jemand, der einer fremden



Deutsche Polizisten vor der Wohnung eines Verdächtigen am Kölner Stadtrand

Nation gut integriert ist, kaltblütig gegen sie vorgehen, gegen das System der Dinge, die ihm seine Stabilität garantieren?

Vielleicht sollte man nach anderen Gründen suchen. Das Fehlen einer wirklichen gesellschaftlichen Integration. Ein

Artikel, der von der Deutschen Welle im November 2005 veröffentlicht wurde, handelte von der hohen Arbeitslosigkeit unter Immigranten. "Wenn es wenig Arbeit gibt, ist es schwerer. Ein Deutscher wird eher genommen als ein Ausländer", erklärt Susanne Laaroussi, Spezialistin für Migrationsfragen.

Zum anderen liegen die Nachteile im Bildungssystem. Viele Kinder von Ausländern werden schon ab dem neuntem Lebensjahr von den Einheimischen getrennt und in Sonderschulen geschickt, wenn sie die deutsche Sprache nicht genügend beherrschen. So werden sie durch die fremde Herkunft in einem so frühen Alter still und leise als zweitklassige Bürger gezeichnet und das bringt Zorn und Frustration mit sich. Und weniger Chancen.

Dieser Lage passen sich einige an. Andere reagieren möglicherweise mit Gewalt.

Aber es sind nicht jene Fragen, mit denen sich heute die deutschen Politiker am meisten beschäftigen. Manchmal scheint es, daß der Terrorismus von einem anderen Planeten kam, und daß seine Wurzeln nicht in der Marginalisierung von Individuen und ganzen Ländern liegen. Das nächstliegende will man nicht sehen.

In diesem Sinne verlangen einige bewaffnete Wächter in den Zügen – es wäre interessant zu wissen, wie ein Gewehr in einem Personenzug benutzt werden soll, ohne dabei Unschuldige zu töten –, andere verlangen die Überwachung von Telefongesprächen, so wie es Bush auf dieser Seite des Atlantik illegal tut, und für wieder andere ist die Lösung, die Anzahl der Überwachungskameras zu erhöhen, auch wenn London damit reich gesegnet ist, und es nicht in der Lage waren, die Attentate vom Juli 2005 zu verhindern. Daß danach die gefilmten Kriminellen verhaftet werden, kann jene nicht wieder zum Leben erwecken, die es bei der Explosion verloren.

Etwas aber ist sicher: jetzt, da der Terrorismus sein häßliches Gesicht in der BRD zeigt, gibt es keine vernünftige und klare Strategie, ihm auf der Stelle Einhalt zu gebieten.

Schluppe im Libanon frustriert Israel

ELSA CLARO – Granma Internacional

• DIE Art und Weise, in der die Invasion Libanons durchgeführt wurde, brachte Ehud Olmert in Israel Ablehnung ein. Die Niederlage führte zu bitteren Reaktionen bei Soldaten, die eigentlich ein gewisses Überlegenheitsgefühl hegten.

Die Anklage, sie wären ohne einen gut durchdachten Plan an die Front geschickt worden, stellt die Regierung infrage, deren Rücktritt gefordert wird. Die Enttäuschung über die Niederlage bringt sie in Schwierigkeiten, denn 42% der israelischen Bevölkerung sind junge Menschen und 67% von ihnen haben kein großes Interesse an der Politik, bis auf einige im Sinne des Extremismus erzogene Kreise. Das Geschehene verstärkt diese Abneigung. Ernüchterung gibt es auch bei den Parteien, die zuerst den Krieg unterstützten, sich aber von den offensichtlich falschen Plänen der Regierung distanzieren.

Was die europäischen Kräfte betrifft, die unter französischer Führung für die Blaue Linie im Süden Libanons verantwortlich ist, gibt es da seltsame Widersprüche, wie etwa im Falle der BRD, die die Seepatrouillen vor der libanesischen Küste übernehmen wird, aber gleichzeitig ankündigt, daß sie Israel Unterseeboote verkaufen wird, die Atomwaffen transportieren und natürlich

auch abfeuern können. Eine schwer zu verstehende Haltung, nicht wahr?

ZWISCHEN FRIEDEN UND KRIEG

"Die von Israel praktizierte Blockade ist das größte Hindernis bei der Verwirklichung der Hilfeleistungen für die libanesischen Bevölkerung", besagt das Dokument, das in Stockholm von 50 Ländern und Organisationen unterzeichnet wurde, die sich verpflichten, 940 Millionen Dollar zur Unterstützung des Wiederaufbaus zur Verfügung zu stellen.

Als Kofi Annan in Tel Aviv war, traf er auf die gleichen Fakten. Die Führung des Zionistenstaates sagte ihm, daß sie die über das Zedernland verhängte Land- und Seeblockade vorerst nicht aufheben würden.

Trotz dieser Nichteinhaltung von Vereinbarungen forderte der Generalsekretär der UNO jetzt von den syrischen Autoritäten, daß sie keine Waffen mehr an die Hisbollah liefern. Dies ist der Hauptpunkt der Resolution 1707, die – wie seltsam – von den Vereinigten Staaten nicht das gleiche bezüglich Israels, des Aggressors, verlangt.

Besonders empfindlich ist Syrien, wenn es um das israelischen Bestreben geht, daß internationale Truppen an seinen Grenzen patrouillieren sollen. Die libanesischen Regierung, die in diesem Land Hilfe und Asyl für seine durch die intensiven jüdischen



Ehud Olmert

Luftangriffe vertriebene Bevölkerung fand, will sich nicht mit diesem Nachbarn verfeinden, der ihm auch in der Vergangenheit geholfen hatte. Deshalb hat es sich bereit erklärt, 8.600 seiner Soldaten an die gemeinsame Grenze zu verlegen, womit Damaskus einverstanden ist.

Die Hisbollah ihrerseits hat den libanesischen Familien beigestanden, die obdachlos geworden waren, oder deren Wohnungen beschädigt wurden. Während Annan zur Festigung der Waffenruhe die Region durchreiste, übergab die islamische

artei jeweils 9.300 Euros an 4.000 betroffene Familien.

Namhafte Korrespondenten in der Region betonen die Schnelligkeit, mit der die Inspektion der von den israelischen Bombenangriffen zerstörten Gebäude und Wohnungen organisiert wurde, sowie die geordnete Hilfeleistung an die Familien. Berechnungen der vom Libanon erlittenen Gesamtschäden belaufen sich auf über 3,6 Milliarden Dollar. •



Unser Amerika



BOLIVIEN

Verschwörung gegen die Verfassungsgebende Versammlung

NIDIA DIAZ – Granma Internacional

• FÜNF Jahrhunderte lang haben die Kolonialherren alten und neueren Datums die Urvölker mundtot gemacht und unterworfen. Als Werkzeug der Mächtigen bezeichneten die damaligen Medien sie als Barbaren, als unvernünftig, faul und unfähig dazu, etwas anderes als gehorsam zu sein. Der Gehorsam und das Schweigen sind die einzigen Zugeständnisse, die die Imperien aller Zeiten an unseren Völker gemacht haben.

Heute, da sich eine neue Emanzipationsswelle in der "neuen Welt" breit macht, meinen die Erben jener Sklavenhalter, die Peitsche ihrer Vorfahren genüge nicht mehr. Ein radikaleres Vorgehen gegen sie sei die einzige Lösung für so viel "Ungehorsam", für so viel Respektlosigkeit den Herren gegenüber und für den so starken Wunsch, die historische Verantwortung für das Schicksal ihrer Völker in die eigenen Hände zu nehmen und ihnen die Naturschätze zurückzugeben, die der fruchtbare und großzügige lateinamerikanische Boden für sie aufbewahrt hat und die ihnen andere weggenommen haben.

Jener Gedanke beherrschte die Opposition in Bolivien, als sie im Parlament einen grenzenlosen Gewaltakt verübte, um zu verhindern, wie es auch geschah, daß die Geschäftsordnung angenommen werde, mit der Trägheit, durch die jene Minderheit die Formulierung der neuen Verfassung sabotieren wollte, nachdem sie am 6. August ihre Arbeit aufgenommen hatte, ein Ende bereitet worden wäre.

Die Abgeordneten der Partido Democrático Social (PODEMOS) der Ex-Präsidenten Jorge Quiroga und Hugo Bánzer – die in letzten Präsidentenwahlen unterlag – und der selbst ernannten Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR) des Mörders, Diebes und Ex-Präsidenten Gonzalo Sánchez de Lozada, und Anhänger des reichen Unternehmers Sa-

muél Doria Medina, Mitglieder der Unidad Nacional, waren die Verantwortlichen des Gewaltaktes bei dem Versuch, das Präsidium anzugreifen, um die Verlesung des Geschäftsordnungsvorschlags zu boykottieren, dessen Annahme die Fortsetzung der Arbeit ermöglicht hätte.

Der Angriff hatte zur Folge, daß der Vorsitzende der regierenden Mehrheitsfraktion, Román Loayza, aus drei Meter Höhe in den Bühnenschacht stürzte und aufgrund eines Schädelbruchs im Koma liegt.

Der Geschäftsordnungsvorschlag, der das Ergebnis der Arbeit eines Ausschusses mehrerer Kräfte der Verfassungsgebenden Versammlung war, räumte den Abgeordneten die Möglichkeit ein, jeden diskutierten Artikel mit der absoluten Mehrheit anzunehmen, während er festlegte, daß der Text der Verfassung insgesamt nur mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen werden könne.

Nichts, was nicht akzeptiert werden konnte, aber es geht darum, ein angespanntes und destabilisierendes Klima zu schaffen, um die Verfassungsgebende Versammlung immer dann anzugreifen, wenn diese einen Wortlaut vorschlägt, nach dem ein neues Bolivien gegründet werden kann, das niemand marginalisiert und in dem außerdem das Recht des Volkes bestätigt wird, über den Reichtum seines Landes zu bestimmen.

Die Vorkommnisse vom 31. August endeten in einer hinterlistigen Flucht der Oppositionsfraktionen (weniger als 30 Prozent) in der böswilligen Absicht, die Arbeit der Versammlung zu behindern, eine Tatsache, die von einer anderen Verschwörung von rechts begleitet wird, die das sogenannte Comité Cívico von Sucre anführt, das PODEMOS zugerechnet wird und das in einem Klima des zivilen Ungehorsams und der Aggressionen gegen Abgeordnete der Regierungsbewegung Movimiento al Socialismo (MAS) mehr und mehr Forderungen an die Regierung von Evo Morales stellt.



Sie versuchen ein Klima der Destabilisierung zu schaffen, um die Pläne zur Neugründung eines Landes zu verhindern, die durch die Verfassungsgebende Versammlung vorbereitet werden

Hinzu kommt die rechte Politik der neoliberalen und separatistischen Kreise von Tarija und Santa Cruz, die Druck machen und Bolivien zerstückeln wollen, wenn die Pläne für das Land, denen die neue Verfassung gewidmet ist, verwirklicht werden sollten.

Seit seinem Wahlsieg, mit dem er die traditionellen Parteien geschlagen hat, die Bolivien zu einem der rückschrittlichsten Länder des Kontinents gemacht haben, ist die indigene Präsidentschaft von Evo Morales von den Kräften angefeindet worden, die von den USA aus Gonzalo Sánchez de Lozada wegen der Interessen der transnationalen Unternehmen, die das Land jahrzehntelang ausgebeutet haben, unterstützen, und von einer nationalen Oligarchie, die sich weigert, ihre Privilegien mit dem Volk zu teilen.

Nichts ist im Laufe der Jahrhunderte den Aymara, Quechua, Guaranie, den wirklichen

Eigentümern des bolivianischen Bodens, erspart geblieben. Schon lange bereiteten sie sich auf diesen Augenblick vor.

Evo rief sie am ersten Tag des neunten Kalendermonats auf, einen indigenen Notstand zu erklären, um die Verfassungsgebende Versammlung, die Nationalisierung des Erdöls und Erdgases und das Projekt der sozialen Gerechtigkeit, das er in Bewegung gesetzt hat, zu verteidigen.

In der Art der alten Inkas, eine Botschaft von Mann zu Mann, von Hand zu Hand zu tragen, vereinbarten sie direkt im Herzen Lateinamerikas, in Sucre, gemeinsam die Peitsche, die sie einst schlug, zu stoppen und das System für immer zu beseitigen, das sich von dem indigenen Blut nährte und zu dem Frankenstein von heute wurde, der sie aber schon nicht mehr ängstigt. •

VOR DEN WAHLEN

85% der Ecuadorianer mißtrauen den politischen Parteien

ANIBAL ARRARTE DUTILH – Granma Internacional

VOR wenigen Tagen begann der Wahlkampf für die Wahlen am 15. Oktober. Aus verschiedenen Gründen könnte es die unerblichste aller nationalen Wahlen der politischen Geschichte dieser südamerikanischen Nation werden.

40 Tage vor den allgemeinen Wahlen mißtrauen 85% der Ecuadorianer den politischen Parteien, wie das private Umfrageinstitut Cedatos-Gallup bekannt gibt, das gleichfalls berichtet, daß nur 17% der Bürger Vertrauen in den Kongreß haben, 22% in die Regierung und 25% in den Obersten Gerichtshof.

Das fehlende Vertrauen der Ecuadorianer in die drei Staatsgewalten spiegelt die politische Instabilität des Landes und das Versagen der Justiz in den letzten zehn Jahren wider, in denen es sieben Präsidenten hatte, von denen drei inmitten von Volkstumulten gestürzt wurden.

Am 15. Oktober werden etwa 9,2 Millionen Ecuadorianer zur Wahl gehen, um den Präsidenten, den Vizepräsidenten, die Kongreßabgeordneten, die Abgeordneten des Anden-Parlaments und die Stadt- und Provinzräte zu wählen.

Der Wahlkampf begann mit elf vom Obersten Wahlgericht amtlich anerkannten Kandidaten (17 hatten sich beworben), darunter der sozialdemokratische León Roldós, die rechtsgerichtete Cynthia Viteri, der Vertreter der Linken, Rafael Correa, und der Bananen-Millionär Alvaro Noboa, der als reichster Mann Ecuadors gilt.

Andere anerkannte Anwärter sind der Bruder des gestürzten Ex-Präsidenten Lucio Gutiérrez, Gilmar; der Sozialist Luis Vilacís, der Indio Luis Macas von der Bewegung Pachakuti-Neues Land; Jaime Damerval von der Concentración de Fuerzas Populares; und Fernando Rosero von der Partido Roldosista Ecuatoriano.

Lucio Gutiérrez, der nach seinem Ausscheiden aus dem Amt in Kolumbien im Exil, und nach seiner Rückkehr in Ecuador in

Haft war, wurde von der Justiz nicht als Kandidat für den nächsten Wahlkampf zugelassen.

Der Wahlkampf wird 45 Tage dauern und am 12. Oktober enden. Wenn kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht (50% plus eine Stimme) gibt es am 26. November einen zweiten Wahlgang.

Der gewählte Präsident beginnt sein 4-jähriges Mandat am 15. Januar 2007 und löst Alfredo Palacio ab, der am 20. April 2005 nach dem Sturz von Lucio Gutiérrez das Präsidentenamt übernommen hatte.

Für die Wahlen sind 9.165.125 Ecuadorianer zugelassen, darunter 142.473 Emigranten, die in den Konsularabteilungen ihre Stimme abgeben können.

Der erste Kandidat, der öffentliche Erklärungen abgab, war Luis Macas, der die Einstellung der Zahlungen für die Auslandsschuldung und größere Kontrolle der ausländischen Privatinvestitionen forderte.

"Das Land verschuldet immer mehr, wir haben schon zu viel bezahlt, unsere Schulden haben sich verdreifacht und werden nicht bezahlt werden", äußerte Macas und betonte, daß die ersten Schulden, die die Regierung bezahlen müssen, die sozialen seien.

Ein entscheidender Punkt, der das Wahlverhalten eines großen Teils der Bürger bestimmen wird, wird die Verhandlung des Freihandelsvertrags mit den USA und die Nationalisierung der Brennstoffe sein.

In den vergangenen Monaten gab es mehrere Demonstrationen eines Teils der Bevölkerung, der sich des kollektiven Reichtums bewußt ist, der nicht der Bevölkerung zugute kommt. Die Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador hat darauf verwiesen, daß es für das Land an der Zeit sei, die historische Verantwortung der Nationalisierung seiner Erdölindustrie zu übernehmen und die Mittel für die Ankurbelung der Produktion und

für Programme zur Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit zu verwenden.

Die Auswirkungen des Freihandelsvertrags wären sehr negativ, vor allem für die Landarbeiter. Eine Untersuchung der FAO ergab, daß etwas mehr als 1,66 Millionen Einwohner auf dem Land von Produkten abhängen, die durch den Freihandelsvertrag gefährdet sind und daß die Produzenten von Mais, Kartoffeln, Geflügelprodukten, Bohnen, Soja, Fleisch, Milchpulver, Zitrusfrüchten usw. die am härtesten betroffenen wären. Es sind Produkte, die zum größten Teil auf mittleren und kleinen Parzellen produziert werden. Das Eindringen hoch subventionierter Agrarprodukte aus den Vereinigten Staaten wäre der Ruin für die kleinen Agrarproduzenten.

Inzwischen hat Ecuadors Präsident Alfredo Palacio seinen Plan konstitutioneller Reformen wieder aufgenommen und zwar über ein Referendum anlässlich des zweiten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen im November.

Der Generalsekretär für Kommunikation, Enrique Proaño, sagte, daß Palacio, "nach Vorankommen bei der Institutionalisierung des Staates" motiviert sei, konstitutionelle Veränderungen im Bereich von Gesundheit, Bildung, sozialen Investitionen und politischer Vertretung anzulegen.

Proaño erklärte, daß die Regierung im zweiten Wahlgang der Präsidentenwahlen im November einen zweiten Wahlzettel zur Festlegung neuer politischer Linien des Staates vorschlägt. Er fügte hinzu, daß es darum gehe, daß die Wähler 15 Fragen beantworten, wobei sich zehn auf die Bildung beziehen (wie die Beseitigung des Analphabetismus) und zwei auf die Gesundheit.

Die Präsidentschaftskandidaten León Roldós und Rafael Correa haben ihrerseits am letzten Donnerstag gesprochen, im Falle ihres Sieges eine Volksbefragung durchzuführen, um festzulegen, ob eine Verfassungsgebende Versammlung die Carta Magna umgestalten soll.

In diesem Fall werden die Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung die Verfassung so ändern, daß das Recht auf Amtsaufhebung des Präsidenten und des Vizepräsidenten aufgenommen wird, weiterhin die Befugnis für den Staatschef, einmal in seiner Amtszeit den Kongreß aufzulösen und neue Parlamentswahlen ein zu berufen, in einem Verfahren, in dem die Wähler den Regierungschef bestätigen müssen.

Außerdem würden neue Wahlregelungen festgelegt werden, unter anderem auch, um zu verhindern, daß Mitglieder der Kontrollorgane des Staates und des Verfassungsgerichts, (das über die Einhaltung der Verfassung wacht) einer politischen Partei angehören. •



Unser Amerika



Daniel Ortega stellt den Armen soziale Verbesserungen in Aussicht, hauptsächlich im Bereich der medizinischen Versorgung und der Bildung

Nicaragua für einen Wandel

ANIBAL ARRARTE DUTILH – Granma Internacional

• ETWAS mehr als 27 Jahre nach dem Sieg der von Daniel Ortega geführten Sandinisten in Nicaragua, der dem nicaraguanischen Volk Hoffnung auf radikale Änderungen gebracht hatte, steht dieser jetzt bei den Meinungsumfragen über die Kandidaten für die nächsten Wahlen an der Spitze.

Nach dem Sieg von 1979 kamen die Blockade, die Überfälle und der Terrorismus "made in USA", was zusammen mit einigen Fehlern der Linksregierung die revolutionären Vorhaben zunichte machte.

Am 19. Juli beging das nicaraguanische Volk einen weiteren Jahrestag des Sieges der sandinistischen Revolution, der der blutigen Diktatur der Familie Somoza ein Ende bereitet hatte.

Inmitten der wegen der baldigen Präsidentschaftswahlen am 5. November schon spürbaren Wahlstimmung, bereiten sich die Nicaraguaner auf einen Wahlkampf vor, in dem sich Sandinisten-Führer Daniel Ortega als einer der Kandidaten für die Leitung der Geschicke der mittelamerikanischen Nation zur Wahl stellt.

Die Bürger werden zwischen fünf um die Präsidentschaft dieses mittelamerikanischen Landes streitenden Kandidaten wählen müssen, eines Landes, in dem mehr als 75% der Bevölkerung arm sind und 45% Not leiden.

Nicaragua hat 5,1 Millionen Einwohner und liegt bei dem im vergangenen Jahr von der UNO veröffentlichten Indikator menschlicher Entwicklung an 112. Stelle.

Die vorhandene Armut versperrt jährlich fast einer Million Kindern den Zugang zur Grundschulbildung, Viele von ihnen vergrößern stattdessen das Heer der für ihren Lebens-

unterhalt arbeitenden Kinder, das sich in diesem Land auf mehr als 230.000 beläuft.

Nach Untersuchungen des internationalen Instituts Borge & Asociados kann die Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) mit 34,1% der Stimmen rechnen.

Ortega stellt eine Politik der Versöhnung und Verbesserungen für die Armen in Aussicht, denen er finanzielle Unterstützung, Darlehen, kostenlose medizinische Betreuung und Bildung sowie Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten verspricht. Dem Privatsektor, mit dem er seit 1979 direkte Auseinandersetzungen führte, schlägt er eine Mischwirtschaft vor und bietet ihm billiges Erdöl an, nachdem er eine Politik- und Handelsallianz mit Hugo Chávez, dem Präsidenten Venezuelas, vereinbart hat.

Der Artikel 147 der Verfassung legt fest, daß ein Kandidat, um gewählter Präsident zu werden, eine relative Mehrheit von mindestens 40% der gültigen Stimmen erhalten muß, "oder er muß bei mindestens 35 erreichten Prozent der zweitplatzierten Kandidaten um mindestens fünf Prozentpunkte übertreffen".

Der Debütant Eduardo Montealegre, Kandidat der Alianza Liberal Nicaragüense könnte auf 29,1% der abgegebenen Stimmen kommen. Als Exponent der politischen Rechten kommt Montealegre aus dem Bereich der Privatbanken und bewarb sich um das Amt, nachdem er sich im Jahr 2005 von der Partido Liberal Constitucionalista (PLC) getrennt hatte, die der Ex-Präsident Arnaldo Alemán anführt, der im Jahr 2003 wegen Geldwäsche- und Korruptionsdelikten zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Montealegre verfügt über die ausdrückliche Unterstützung Washingtons, die der amtierenden Regierung des Präsidenten Enrique Bolaños (der Mitglied der PLC war) und eines Großteils der Unternehmer.

Für die noch von Alemán kontrollierte PLC erscheint der Rechtsanwalt und Produzent José Rizo Castellón, mit 15,7% der Sympathien Dritter in der erwähnten Umfrage.

Der vierte Kandidat in der Rangfolge der Beliebtheit ist mit 15,2% der Ökonom Edmundo Jarquín der Bewegung Movimiento Renovador Sandinista (MRS), die eine Abspaltung von der FSLM ist.

Die Leitung der MRS hat Jarquín für das Präsidentenamt aufgestellt und als seinen Begleiter den Sänger und Liedermacher Carlos Mejía Godoy, der sich ebenfalls von der FSLM entfernt hat.

Der fünfte Kandidat, ein weiterer Ex-Guerillero der Sandinisten, Edén Pastora, der für die neue Gruppierung Alternativa por el Cambio auftritt, fällt mit gerade einmal 1,1% der Sympathien praktisch gar nicht ins Gewicht.

Enthusiasmus deutet sich in den progressiven Kreisen Nicaraguas an, deshalb hatten die Feierlichkeiten anlässlich des Jahrestages der sandinistischen Revolution in diesem Jahr einen besonderen Hauch. Im Hinblick auf die kommenden Wahlen und auf diese hinarbeitend, hat die FSLM eine große Festveranstaltung organisiert.

Gegenwärtig arbeiten die progressiven Kräfte dieser Nation an der Ausarbeitung demokratischer Formeln, die es ihnen ermöglichen, an die Macht zu kommen und einen positiven Wandel für Nicaragua zu erreichen.

Die sandinistische Revolution trägt ihren Namen im Andenken an Augusto César Sandino (1895-1934), einem Bauer und revolutionären Politiker, der während der Auseinandersetzungen mit den nordamerikanischen Interventionstruppen zum Führer Nicaraguas wurde. •

MEXIKO

Wahlgericht begünstigt Calderón

NIDIA DIAZ
- Granma Internacionales

• DAS Wahlgericht der Juristischen Gewalt (TEPJ) erklärte die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom 12. Juli als gültig.

Leonel Cota, der Vorsitzende der Partido de la Revolución Democrática, deren Kandidat Opfer der Gültigkeitserklärung geworden ist, hatte davor gewarnt, daß das TEPJ, als es die Überprüfung von nur 9,01 Prozent der Stimmen und Wahllokale als Antwort auf die Klagen der Koalition der Opposition annahm, "alles bewegen würde, nur das Endergebnis nicht".

Das Gericht urteilte nach dreistündiger öffentlicher Beratung, es seien zwar "Unregelmäßigkeiten" aufgetreten, aber es gebe keine "fundierten Berufungsgründe". Calderón habe bei der Neuzählung 81.080 Stimmen verloren, die ihm illegal zugerechnet worden wa-

ren, dies reiche aber nicht aus, um das Endergebnis, das den Kandidaten der Regierungspartei als den Gewinner kennzeichnet, zu verändern. Es gesteht zu, daß der Vorteil dieses Kandidaten gegenüber López Obrador von 0,58 Prozentpunkten auf 0,57 geschrumpft sei.

Doch in dem Maße, in dem sich die Differenz zwischen dem einen und dem anderen verringert, wächst die Ungewißheit. Wenn sich bei einer Neuzählung von weniger als zehn Prozent der Stimmen und Wahllokale der Vorteil des PAN-Kandidaten Calderón verringerte, was würde geschehen, wenn das TEPJ die Forderung von Por el bien de todos (Für das Wohl aller) akzeptierte, noch einmal Stimme für Stimme und Wahllokal für Wahllokal nachzuzählen?

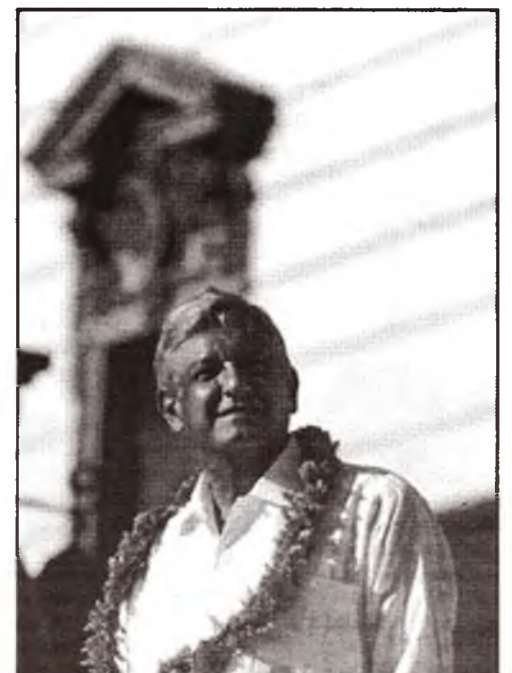
Als López Obrador von dem Beschluß erfuhr, bezeichnete er ihn als "einen wirklichen Staatsstreich" und rief die Millionen Menschen, die ihn unterstützen, auf, am 16. September die Convención Nacional Democrática zu veranstalten, auf

der sein Vorschlag, ein alternatives Kabinett zu schaffen, analysiert und diskutiert werden soll, die Entscheidung abzulehnen und Felipe Calderón Hinojosa nicht als Präsidenten der Republik anzuerkennen. Das TEPJ sieht vor, als nächsten Schritt am 6. September den neuen Präsidenten einzusetzen.

Der Einfluß der US-Regierung in dem gesamten Prozeß kann nicht ignoriert werden, ein Einfluß, den die USA nicht bereit sind, zu verlieren, zumal Mexiko ein wesentlicher Verbündeter in der Welt ist.

Am 6. September wird das TEPJ nach dem Gesetz den Kandidaten der Regierungspartei Partido Acción Nacional, Felipe Calderón, als Präsidenten der Republik ausrufen.

Was danach geschieht, wird von den neuen Schritten der anwachsenden Oppositionsbewegung unter Führung von Manuel López Obrador abhängen. •



Manuel López Obrador



Unser Amerika



Die Wiederwahl Lulas scheint sicher zu sein

Brasilien im Visier

NIDIA DIAZ – Granma Internacional

• ES wird immer schwieriger, ein aktuelles internationales Thema zu behandeln, ohne die Arroganz und den Einmischungscharakter der Regierung der Vereinigten Staaten zu erwähnen. Und es ist keine Obsession, denn es ist so, daß angefangen vom Präsidenten bis hin zum unbedeutendsten, aber deshalb nicht weniger überheblichen, seiner Sprecher, alle ständig Meinungen von sich geben und Druck ausüben, um zu erreichen, was sie auch jahrzehntlang taten, daß die Welt sich ohne zu mucksen ihren hegemonistischen Plänen fügt

Ein Beweis dafür ist Brasilien, wo im Moment der Wahlkampf für die Präsidenten-

wahlen am 1. Oktober läuft, bei denen allem Anschein nach die Wiederwahl des Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva garantiert ist.

Zum Antritt seiner ersten Amtszeit an Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfond gebunden, wie auch die anderen damaligen Kandidaten, hat sich Lula nach Möglichkeit bemüht, die in seinem Wahlkampf gegebenen Versprechungen sozialer Art einzuhalten, und er hat gezeigt, wie er selbst vor einigen Tagen sagte, daß ein Wachstum des Landes bei gleichzeitiger besserer Verteilung des Reichtums zu erreichen ist.

Während seiner Amtszeit, die mit nicht wenigen Schwierigkeiten verbunden war -

so gab es Verleumdungskampagnen gegen seine Partei und Korruptionsvorwürfe in seinem Umfeld - hat Lula erreicht, daß offiziellen Angaben zufolge drei Millionen Brasilianer aus dem Elend herauskamen, daß Tausende Familien ein Stück Land erhielten und er hat in nur drei Jahren mehr als vier Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Dazu kommen Programme, die im Bereich von Gesundheit und Bildung in Angriff genommen wurden. Wenn wir sein Mandat analysieren, dürfen wir nicht vergessen, daß all dies lobenswerte Errungenschaften für ein Land sind, das wie Brasilien die ungerechteste Verteilung des Reichtums der ganzen Region aufweist.

Die Regierung des ehemaligen Metallarbeiters war ebenso in der internationalen Politik erfolgreich. Mit Lula an der Spitze hat der lateinamerikanische Gigant die Führung der Gruppe der 20 bei den Verhandlungen mit der Welthandelsorganisation (WTO) übernommen und trotz des Drucks des industrialisierten Nordens eine prinzipienfeste Position beibehalten.

Seine Position gegen die Agrarsubventionen, die die Regierung der Vereinigten Staaten und die Europäische Union ihren Produzenten gewähren, war so unerschütterlich, daß er, zusammen mit den anderen Vertretern der G-20, für die Industrieländer zu einem Stein im Schuh wurde, da er konsequent den landwirtschaftlichen Süden verteidigte, dessen Erzeugnisse wegen dieser Subventionen nicht konkurrenzfähig sind.

Haltungen wie diese sind der Grund für die versteckten und nicht ganz so versteckten Drohungen der Vereinigten Staaten, die Vorteile nicht zu erneuern, die das sogenannte System der Zollpräferenzen darstellt, durch das eine beträchtliche Anzahl von Brasiliens Produkten auf den nordamerikanischen Markt gelangt.

Das genannte System ist nichts weiter als ein Druckmittel, mit dem Washington die betroffenen Länder erpresst, nur daß diese dabei Zuckerbrot statt Peitsche erhalten.

Nicht wir sind es, die das sagen. Gerade vor ein paar Tagen verkündete der nordamerikanische Senator Chuck Grassley,

Leiter des Finanzausschusses des Senats, daß er dafür sei, Brasilien die genannten Vergünstigungen zu entziehen, da dieses Land eins der großen Hindernisse in den Versammlungen der WTO darstelle und zusammen mit anderen für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich sei.

Der Gipfel dieser Mischung aus Druck und Raserei war, daß der Untersekretär für Lateinamerikanische Angelegenheiten des State Departments, Thomas Shannon, während einer Videokonferenz in Sao Paulo öffentlich den Wunsch Washingtons verkündete, Brasilien möge sich den Anstrengungen des Weißen Hauses bezüglich des von ihnen gewünschten "Übergangs in Kuba" anschließen, womit das lateinamerikanische Land "seine demokratische Solidarität mit dem kubanischen Volk beweisen würde".

Es ist nicht das erste Mal, daß die brasilianische Regierung dem Imperium Einhalt gebieten muß. In diesem Fall war es ihr Außenminister, Celso Amorim, der es daran erinnerte, daß "es die Kubaner und nicht die Nordamerikaner oder die Brasilianer sein müßten, die einen Plan machen, wenn er notwendig ist".

Während die Vereinigten Staaten ihre Krallen zeigen und Lücken suchen, um in die Wahlszenarie in Brasilien einzudringen und diese anzuhetzen, wird Lula allen Umfragen nach im ersten Wahlgang wiedergewählt werden, denn die nächstliegenden Herausforderer, der Anwärter der Sozialdemokratischen Brasilianischen Partei und Liberalen Front (PSDB-FL), Geraldo Alckmin, und Heloisa Helena von der Linksfront, kommen nicht über 24 bzw. 12 Prozent der Wählergunst hinaus, was weit unter den mehr als 45 Prozent des Staatschefs liegt.

Der Wahlkampf ist angelauten. Es sind noch mehrere Wochen bis zur Entscheidung an den Wahlurnen. Bis dahin wird Bush neue und größere Aktionen starten, um zu verhindern, daß eine Wiederwahl Lulas - dieses Mal ohne Konditionierung von außen - die Vorstellung von einem Land konsolidieren könnte, in dem Marginalisierung und Armut zu Erinnerungen an die Vergangenheit werden. •

Peru und die Korruption

• WENN die Lobredner der repräsentativen Demokratie in Lateinamerika auch nur ein wenig Schamgefühl hätten, würden sie ihre Köpfe noch tiefer in den Sand stecken, als in Strauß, vor allem, wenn Amtszeiten von Präsidenten Ende gehen und die meisten ihrer Unterebenen sofort der Korruption und der unrechtmäßigen Umgangs mit öffentlichen Geldern angeklagt werden.

Die Regierung von Alejandro Toledo in Peru ist da keine Ausnahme. Im Moment fahndet INTERPOL zum Beispiel wegen derartiger Handlungsweisen nach der ehemaligen First Lady, Eliane Karp. Scheinbar wollte sie sich ihrer Verantwortung entziehen, indem sie zwei Wochen vor Beendigung der Amtszeit ihres Ehemannes, der auch nicht den ersten Stein werfen dürfte, Lima verließ.

Die polizeiliche Suchmeldung erschien zur Verblüffung derer, die das von Washington der Region auferlegte Modell immer noch verteidigen, auf den Titelseiten der Zeitungen *La República*, *La Primera*, *La Razón*, *El Comercio* und *Perú 2*, von denen einige sie im Stile des nordamerikanischen Wilden Westens verbreiteten. Sie brachten die Mitteilung unter der bezeichnenden Überschrift: Gesucht.

Aber das Thema ist damit noch nicht zu Ende. Es geht nicht nur darum, daß die Richterin Carolina Lizárraga von Frau Karp, die französisch-belgischer Herkunft ist, aus erster Hand hören will, was sie zur vermutlichen Fälschung von Unterschriften der Partei Toledos, der País Posible, zu sagen hat. Diese Fälschung hatte es Toledo 1998 ermöglicht, die Partei als politische Organisation einzuschreiben, welche unter dem endgültigen Namen Perú Posible zur Regierungspartei wurde. In diesen Betrugsprozeß sind 34 Personen verwickelt, darunter auch Margarita Toledo, die Schwester des Ex-Staatschefs.

Pressequellen kommentieren, daß außerdem der Abgeordnete der jetzigen Regierungspartei, Javier Velásquez Quesquén, die Bildung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beantragt hat, damit dieser mögliche "Unregelmäßigkeiten" der abtretenden Regierung im Zusammenhang mit hohen Gehaltszahlungen an Scheinbeamte untersucht, ebenso wie ein monatliches 10.000-Dollar-Honorar, das von der Banco Wiese an die

ehemalige First Lady gezahlt wurde, und unzählige illegale Handlungen, in die auch drei Brüder von Toledo verwickelt sind, die von der Staatsanwaltschaft beschuldigt werden, in der gesetzlichen Grauzone agiert zu haben, um sich persönlich zu bereichern. Dieser Antrag wurde vom Präsidenten der Verfassungskommission des Kongresses, Aurelio Pastor, unterstützt.

Eliane Karp müßte auch die Zweckbestimmung einiger Haushaltsmittel erklären, die einem sogenannten Büro der First Lady zugewiesen waren, das über eine sehr aufgeblähte Belegschaft und zahlreiche Projekte verfügte.

Aber abgesehen von der Anekdote, in der die Untersuchungen der von der regierenden Partei APRA gebildeten Kommissionen enden könnten, und die zweifellos eine Tretmühle sind, die alle vier Jahre jeweils die von der Macht Gehenden betrifft, gewiß ist, daß Korruption, Bestechung, Unterschlagung und alle anderen Delikte dem Modell der repräsentativen Demokratie innewohnen, einer Ordnung, die die Interessen der jeweiligen Regierungspartei privilegiert und die Taschen der Regierenden füllt, dabei aber die Lösungen zum Nutzen der Besitzlosen und Ausgrenzten endlos hinausschiebt, jener, die die sie repräsentierenden Politiker und Regierungen als ein Übel ansehen, das sich alle vier Jahre wiederholt, ohne daß eine dieser Regierungen sich der Mängel der Mehrheit annehmen würde.

In diesem Sinne sind schon an den Präsidenten Alan García gerichtete Mahnungen zu vernehmen. Dieser hat am 28. Juli den Amtssitz im Palacio Pizarro übernommen und anscheinend bereits in den ersten Wochen die Wahlversprechungen, unter anderem bezüglich Arbeitsverbesserungen, vergessen.

Für den 20. September wird zu einer Demonstration aufgerufen, bei der etwa 100.000 Arbeiter der Bauergewerkschaft die Einhaltung der Versprechen Garcías fordern werden. Und dabei wurden die Straßen bereits vorher von Aufmärschen gegen die Ratifizierung des mit der Regierung der Vereinigten Staaten unterzeichneten Freihandelsvertrags gefüllt, der ein unheilvolles, vom unterwürfigen



First Lady Eliane Karp neben Bush und Alejandro Toledo in ihren glücklichen Tagen im Dienst Washingtons

Alejandro Toledo hinterlassenes, Erbe darstellt, über das sich García aber nicht äußert.

Für den 10. Oktober ist das erste Treffen des peruanischen Staatschefs mit Präsident Bush angekündigt. In dem Moment, in dem Alan García stolz die Schwelle des Weißen Hauses überschreitet, sollte er an die 47,40% der Peruaner denken, die ihm ihre Stimme nicht gegeben haben, weil sie eine Regierung wollen, die die Souveränität des Landes verteidigt und die zu einer wirklichen Alternative für die Mehrheit des Volkes wird, eine Regierung, die im Sinne der Mehrheit denkt und handelt und nicht zum Vorteil der transnationalen Konzerne.

Der Präsident darf nicht vergessen, daß die Ratifizierung des Freihandelsvertrags vollkommen im Gegensatz zu den Wünschen und Hoffnungen eines bedeutenden Teils der peruanischen Bevölkerung stehen würde.

Er darf nicht vergessen, daß sich heute die Vertreter der Perú Posible vor der Justiz verantworten müssen, es aber morgen, wie schon in früheren Zeiten, die der APRA sein könnten. Es ist wie ein sich endlos wiederholender Refrain, bei dem, diesem politischen Modell gemäß, nur die ewig Privilegierten den Ton angeben. (Nidia Díaz) •

PRIVATARMEEN

Ein neuer Frankenstein wächst heran

ELSA CLARO – Granma Internacional

• ZUM ersten Mal in den letzten fünf Jahren wurden die Reservisten der Marineinfanterie zwangsweise zum aktiven Militärdienst einberufen. Das emblematische US-Armeekorps muß die Reihen der 138.000 Soldaten im Irak verstärken. Diese Maßnahme erklärt besser als irgendeine Abhandlung, daß die Besetzung nicht so gut läuft, wie sie es sich gedacht haben.

Die Rekrutierer haben Schwierigkeiten, genügend Soldaten anzuwerben. Es reicht nicht mehr, den jungen Kandidaten Hochschulstudienprogramme und andere Anreize zu bieten. Die Anforderungen für den Eintritt in die Armee werden gelockert und es gibt Meldungen über die Musterung von ehemaligen Häftlingen und psychologisch untauglichen Personen.

Nichts davon ist verwunderlich. Vom Beginn der Invasion an gab es pro 10 Soldaten einen Söldner. Untersuchungen der *New York Times* oder der *International Peace Operations Association* verweisen darauf, daß im Irak etwa 25.000 Sicherheitskräfte tätig sind. Höhere Ziffern werden von Nichtregierungsorganisationen genannt, die sich darüber äußern. Die Streitkräfte kommen in ihrer Mehrheit aus den USA und Großbritannien, aber auch aus Südafrika, den Philippinen und verschiedenen Ländern Lateinamerikas.

Der kürzliche Vertragsbruch mehrerer Latinos brachte zum Vorschein, daß die Einsatzleiter mit Vorliebe Glücksritter in der Neuen Welt suchen, denn sie sind billiger als die angelsächsischen. Es können ehemalige Militärs sein, die mit Pinochet in Chile zusammengearbeitet haben, oder Rekruten aus dem Kolumbien-Plan, die natürlich von den US-Amerikanern ausgebildet wurden und beschlossen haben, mehr zu verdienen.

Eine von der UNO gegründete Arbeitsgruppe untersuchte dieses Thema, denn es wird mit Menschenrechtsverletzungen an den Einsatzorten dieser Söldner in Zusammenhang gebracht. Nach den Motiven der Auflösung so lohnender Verträge forschend, erfuhr man, daß man ihnen nicht die vereinbarten Summen gezahlt hatte, daß sie mißhandelt wurden und der Arroganz ihrer Offiziere ausgesetzt waren. Bei einer Beurteilung des Themas in seiner Gesamtheit weisen die Fachleute darauf hin, daß dieses Vorgehen mehrere internationale Regelungen verletzt.



Die Anwerber haben Schwierigkeiten, genügend Soldaten anzuheuern. Niemand möchte so nach Hause zurückkehren

Peter Singer ist Mitglied des *Brookings Institute* in Washington. Er gilt als Autorität auf diesem Gebiet und sagt: "Bis jetzt gibt es keine internationalen Gesetze, die diese Industrie kontrollieren. Das ist ein Loch, das gestopft werden muß." Die Aussage stützt sich auf verschiedene Diskussionen um die Privatkompanien, die Aktionen ausführen, die als strafbar eingestuft werden würden, wenn sie von offiziellen Truppen der beteiligten Länder ausgeführt worden wären.

Diese Konsortien haben viel Informationen, sie haben Kapital, materielle Ressourcen und Bewegungsfreiheit, was sie zu mächtigen Akteuren macht, die den Gang der Ereignisse in einem Gebiet im Sinne des politischen Kurses, den die größte Kriegsmacht beschließt, beeinflussen können. Sie handeln in Übereinstimmung mit den Interessen des Bush-Kabinetts, wo sie ihre besten Paten haben. Und wie diese stellen sie eine ernste Gefahr dar, nicht mehr und nicht weniger, ... sogar für die Vereinigten Staaten selbst. •

Claude Voillat vom Roten Kreuz im Mittleren Osten äußerte, daß vielen dieser privaten Anwerber die notwendige Ausbildung fehlt, um kritischen Situationen auf den Straßen Herr zu werden. Daher erklärt es sich, daß es zu Verbrechen kommt, die dann den paramilitärischen Truppen, lokalen Kräften oder anderen im Irak existierenden bewaffneten Gruppen zugeschrieben werden.

Das ist ein weiteres Dilemma, dessen Durchsickern man in Washington zu verhindern versucht. Obwohl sie es erreicht haben, irakische Polizei- und Militäreinheiten zu gründen, schaffen es aber weder die einzelnen Ministerien, noch die Regierung, diese voll unter Kontrolle zu bekommen. Die schlechte Führung und die ethischen Probleme, die sich aus den schon fast fünf Jahre anhaltenden gewalttätigen Aktionen der USA ergeben, ermöglichten, daß sich verschiedene Gruppen mit religiösen oder politischen Tendenzen ausbreiteten.

Die Anwerber (eine euphemistische Bezeichnung, um zu vertuschen, daß es sich um Legionäre neuen Typs handelt) unterstehen keinerlei Regelungen... außer denen des US-amerikanischen State Departments.

Von ihrer fehlenden Unschuld zeugt der Befehl Nr. 27 der Besatzungsbehörde (*Coalition Provisional Authority*), unterzeichnet vom US-Verwalter für den Irak, Paul Bremer, im September 2003, in dem über Versorgungs- und Sicherheitsdienste durch Privatgesellschaften festgelegt wird, daß es "(...) eine Organisation geschulter, bewaffneter und uniformierter Einheiten..." sei, die dem Verwaltungsapparat zugeordnet und zum Schutz von sensiblen Einrichtungen, wie dem Erdölleitungs- und dem Elektrizitätsnetz, sowie der Grenzen und Häfen bestimmt ist, und die ermächtigt ist, Verdächtige festzunehmen, Durchsuchungen durchzuführen und Gewalt anzuwenden.



Fünf kubanische Patrioten verbüßen lange Haftstrafen in den Vereinigten Staaten, weil sie ihr Volk gegen den Terrorismus verteidigt haben. Mehr Informationen dazu unter: www.granma.cu, www.granma.cubaweb.cu, www.freethefive.org, www.antiterroristas.cu

NEHMEN SIE VERBINDUNG ZU DEN FÜNF HELDEN AUF

ANTONIO GUERRERO RODRIGUEZ - ANTONIO No 58741-004 Postanschrift USP FLORENCE PO BOX 7500 5880 State HWY 67 South Florence, CO 81226 Telf.: 719-784-9454 Fax: 719-784-5157 **FERNANDO GONZALEZ LLORT (RUBEN CAMPA)** No 58733-004 Postanschrift FCI OXFORD PO BOX 1000 Oxford, WI 53952-0500 Telf.: 608-585-5411 Fax: 608-585-6371 **GERARDO HERNANDEZ NORDELO (MANUEL VIRAMONTES)** No 58739-004 U.S. Penitentiary-Victorville P.O. BOX 5500 Adelanto, CA 92301 **RAMON LABAÑINO SALAZAR (LUIS MEDINA)** No 58734-004 Postanschrift USP BEAUMONT PO BOX 26035 Beaumont TX 77720, Telf.: 409-727- 8188 Fax: 409-626-3700 **RENE GONZALEZ SEHWERERT** Reg. No 58738-004 FCI Marianna 3625 FCI Road Marianna, FL 32446